Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** frei Haus monatl. 15500 M., durch die Post 14500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. D. Bez. Halle-Merseburg, GmbH. Halle, Verchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047 2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 3000 M. für Reklame, einschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 700 Mark | **Donnerstag, den 5. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 154**

Entschlossener Kampfwille überall

Lohnkämpfe im ganzen Reich

Die Gewerkschaften verhandeln, lassen sich von den Regierungsvertretern mit faulen Ausreden traktieren und nehmen es demütig hin, wenn die Unternehmer — die in Lohnfragen immer sehr viel Zeit haben — einfach nicht zu den Verhandlungen erscheinen. Währenddessen bereiten sich im ganzen Reich Lohnkämpfe vor, die einen gewaltigen Umfang anzunehmen drohen. Allzulange hingehalten von ihren arbeitsgemeinschaftlichen „Führern", fürchten die Arbeiter mit Recht daß die unabsehbare Teuerung, die täglich gewaltige Fortschritte macht, ihre letzte Kraft verschlingt, wenn es ihnen nicht gelingt, anstelle der Bettelpfennige, die ihnen die Unternehmer jetzt hinwerfen, der Teuerung entsprechende Löhne zu erkämpfen.

Vollständiger Streik im Berliner Baugewerbe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Juli.

Gestern haben auch die Mitglieder des Baugewerksbundes mit überwiegender Mehrheit den Streik beschlossen. Der Streik gilt nicht den Betrieben, die die Forderung von 9500 Mk. Stundenlohn bis 5. Juli angenommen haben.

Nochmalige Urabstimmung im Berliner Metallgewerbe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Juli.

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes besteht auf einer nochmaligen Urabstimmung über den Schand-Schiedsspruch, den die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter-Betriebe einmütig zurückgewiesen haben. Die Urabstimmung ist bereits vom Metallarbeiterkartell angeordnet. Sie findet heute statt, so daß bei der Stimmung der Berliner Metallarbeiter ab morgen früh mit dem Streik zu rechnen ist. Zahlreiche Belegschaften befinden sich bereits in passiver Resistenz und im Streik.

Die am 4. Juli tagende Betriebsversammlung des Gaswerkes Tegel erklärte in einem öffentlichen Schreiben ihre aktive Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter.

Der deutsche Seemannsstreik

(Eigene Drahtmeldung)

Bremen, 5. Juli.

Die deutschen Seeleute haben unter der rasenden Entwertung der Mark noch mehr zu leiden als der Durchschnitt der deutschen Arbeiter. Betrug doch ihre Heuer für den Monat Mai ganze 380 000 Papiermark. Dafür können sie sich in den ausländischen Häfen, die sie anlaufen, so gut wie nichts kaufen. Die Reeder können sich jede Lohndrückerei leisten, da die Seeleute in einer Menge kleiner Organisationen zersplittert sind. Der Deutsche Schiffahrtsbund, der der RVG. angehört und die meisten Seeleute umfaßt, wird von den übrigen Organisationen regelmäßig im Stich gelassen.

Als die Arbeitsgemeinschaft für Mai nur eine 75prozentige Erhöhung der Aprilheuer von 217 635 Mark vereinbarte, traten die empörten Seeleute spontan in den Ausstand. In Emden, Danzig und Lübeck schlossen sich die Seeleute dem Bremer Beispiel an. Die Hamburger Seeleute folgten.

Kampfstimmung in Ostpreußen

(Eigene Drahtmeldung)

Königsberg, 4. Juli.

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen geht mit unverminderter Stärke weiter. Der Streik ist zwar vom DVB. offiziell anerkannt, wird aber fast nicht unterstützt. Es geschieht nichts, um den Versuchen von Leno und Schupo, bewaffneten Faszistenwehren und Behörden, den Streik niederzuknüppeln, zu steuern. Durch diese Passivität des DVB. besteht die ernste Gefahr, daß die Front der Streikenden zersplittert wird.

Die ostpreußischen Eisenbahner haben schon mehrfach in der letzten Zeit zur Teuerung Stellung genommen und radikale Maßnahmen dagegen von den Gewerkschaften verlangt. In einer Mitgliederversammlung der Marienburger Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde heftige Kritik an der Lohn- und Wirtschaftspolitik des Hauptvorstandes geübt. Es wurden ultimative Schritte der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegenüber der Reichsregierung, die offen die Sabotage des Unternehmertums unterstützt, verlangt. In einer zweiten Resolution wurden wirtschaftliche und politische Forderungen gestellt, u. a.:

Sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage von 300 000 Mark, Einstellung der Pogromhetze gegen die Kommunisten, Anerkennung des proletarischen Selbstschutzes und der Kontrollausschüsse durch die Behörden, Unterstützung durch die Gewerkschaften, Ablehnung der Großen Koalition, Austritt der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft, Mobilisierung der organisierten Arbeiter zur Erkämpfung der Arbeiter-Regierung.

Die Breslauer Angestellten vor dem Streik

(Eigene Drahtmeldung)

Breslau, 5. Juli.

In einer Mitgliederversammlung des ZdA. in Breslau verlangte die große Mehrheit der Anwesenden, daß sofort mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit gegen die scharfmacherischen Unternehmer vorgegangen werden müsse. Die Erhöhung der Junigehälter im Verhältnis zum Mai beträgt ganze 98 Prozent. Durch ein schmutziges Manöver, in dem den Angestellten zwei Prozent mehr als den Handarbeitern geboten wurden, versuchten die Unternehmer, die einheitliche Front der Angestellten und Arbeiter zu spalten. Das gelang ihnen jedoch nicht. Wenn die jetzt eingeleiteten Verhandlungen keine durchgreifende Wenderung der bisherigen Lohnpolitik der Breslauer Unternehmer bringen, ist mit einem Streik der Angestellten in kürzester Zeit zu rechnen.

In der Damen- und Herrenmaßschneiderei sind durch Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft folgende Spitzenlöhne pro Stunde festgesetzt worden: Herrenmaßschneider 5700 Mark, Damenmaßschneiderinnen 3990 Mark. Daß der Bekleidungsarbeiterverband es überhaupt wagen konnte, mit einem solchen Verhandlungsergebnis vor seine Mitglieder zu treten, ist ein Skandal.

Lohnforderungen der Thüringer Gemeindearbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Weimar, 4. Juli.

Die Lage aller staatlichen und kommunalen Angestellten und Arbeiter ist vielfach noch schlechter als in der Privatindustrie. Auf das Drängen der Thüringer Gemeindearbeiter haben die thüringischen Gewerkschaften Lohnverhandlungen angestrengt, die am 22. Juni stattfanden. Der Stundenlohn für die höchste Klasse mit Ortszuschlag wurde ab 22. Juni auf 4800 Mark erhöht. Dieses lächerliche Ergebnis hat allseitige Empörung ausgelöst. Für heute sind neue Lohnverhandlungen angesetzt.

Gemeinsamer proletarischer Selbstschutz

In Niederroßla in Thüringen fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die gemeinschaftlich von der KPD. und SPD. einberufen war. Der Aufforderung des Referenten, sofort zur Bildung gemeinsamer Selbstschutzorganisationen zu schreiten, wurde ohne weiteres zugestimmt. Jeder Parteiselbstschutz, der es unmöglich macht, den Faszismus mit der ganzen proletarischen Wucht politisch und militärisch zu schlagen, wurde abgelehnt. An die Gründung des Selbstschutzes wurde sofort gegangen.

Sorgt überall, daß das Beispiel sofortige Nachahmung findet.

Energisches Vorgehen bayrischer Arbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Augsburg, 5. Juli.

Die Industriearbeiterschaft in Augsburg begnügt sich nicht mehr mit einem ergebenen Abwarten der von oben festgesetzten Löhne. Die Belegschaften mehrerer Großbetriebe demonstrierten auf der Straße für bessere Entlohnung, so die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und die Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Epple & Buxbaum. Die Arbeiter der letzten Firma, 1500 an der Zahl, holten den Generaldirektor aus seiner Wohnung und zwangen ihn zu sofortigen Verhandlungen. Daran nahmen auch Betriebsangehörige teil, um die Verhandlungen im Namen der Belegschaft zu kontrollieren. Nach Annahme dieser Forderungen wurde die Arbeit vorläufig wieder aufgenommen. Die Bewegung brach aus auf das Gerücht hin, daß die Direktion die laufenden Lohnverhandlungen abgebrochen habe.

Ein Beispiel aus dem reaktionären Bayern für die übrige Arbeiterschaft!

Transportarbeiterstreik im Ruhrgebiet

(Eigene Drahtmeldung)

Essen, 5. Juli.

Die Fuhrleute, die Lagerarbeiter, Kraftfahrer, sowie die Arbeiterinnen der genannten Kategorien stehen seit Montag, dem 2. Juli, in den Orten Essen, Duisburg und Bochum im Streik. Der Streikbeschluß wurde einstimmig mit den Stimmen der Arbeiter sowohl des Speditionsgewerbes, als auch des Großhandels gefaßt. Es ist damit zu rechnen, daß sich auch die Arbeiter des Transportgewerbes in Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim und Oberhausen dem Streik anschließen. Ob der Streik auch auf die Konsumgenossenschaften übergreift, hängt von der Einstellung der Genossenschaftsbureaukratie ab. Eine Zentralstreikleitung mit dem Sitz in Essen hat die Führung des Kampfes übernommen.

Ein Schritt zur Einheitsfront in Frankreich

Paris, 4. Juli.

Die Sozialisten haben ihre Liste für die am 9. d. M. stattfindenden Stichwahlen in Seine et Oise zurückgezogen und ihre Anhänger durch Bezirkskongreßbeschluß aufgefordert, für die Kommunistische Liste zu stimmen. Der geschlagene Nationalblock zog seine Liste ebenfalls zurück. Es stehen demnach in diesem Wahlgang Bürgerblock und Arbeiterblock einander gegenüber.

Kampf zwischen Polizei und Streikenden in England

WTB. **London, 5. Juli.**

Gestern abend kam es in Whitehaven (Cumberland) anläßlich eines Bergarbeiterstreiks zu Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Polizei. Hierbei wurden 20 Polizisten und 60 Zivilpersonen verletzt. — Der Dockarbeiterstreik hat sich weiter ausgedehnt. Im ganzen sind 30 000 Mann ausständig, davon 4000 im Londoner Hafen.

Der Kampf für die Erhöhung des Reallohns

G. Fink

Während einige Monate lang keine größere Streikbewegung in Deutschland zu verzeichnen war, sind jetzt nicht nur größere Kämpfe (Ruhrstreik, Oberschlesien, Landarbeiterstreik in Oberschlesien und Ostpreußen, Streikbeschluß der Metallarbeiter in Berlin) aufeinander gefolgt, sondern auch in allen Teilen des Reiches eine ganze Reihe kleinerer Kämpfe (Seeleute, Transportarbeiter Hannovers, Berliner Holzarbeiter usw.) ausgebrochen, spontan Forderungen nach Lohnerhöhungen und Wirtschaftsbeihilfen aufgestellt worden. Gewöhnlich gingen aber die Forderungen über Nominallohnerhöhungen und Beihilfen hinaus. Der Kampf gegen eine weitere Erweiterung der Löhne, für eine Erhöhung der Reallöhne hat begonnen.

Seit Jahren wird der Reallohn von Monat zu Monat geringer, verschlechtert sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Aber noch nie haben die großen Arbeitermassen in dem Maße wie heute im Laufe dieser Entwicklung eine Erhöhung der Reallöhne gefordert. Die ungeheure Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiterklasse im laufenden Jahre, nicht zu allerletzt durch die „Markstabilisierung", hat breitere Arbeitermassen davon überzeugt, daß die bisherige Taktik, Nominallohnerhöhungen zu erkämpfen, die der Teuerung nachhinken, geändert werden muß.

So ist heute für die deutsche Arbeiterschaft eine der wichtigsten Fragen, wie eine Entwertung des Reallohnes aufgehalten werden kann. Die Dinge liegen in Deutschland so, daß die Papiermark als Rechnungsmittel nur bei den Detaillisten, bei den Arbeitern, Angestellten, Beamten und bei der Reichsbank gilt. Nicht nur der Importeur ausländischer Waren, auch der Fabrikant und der Großhändler fakturieren ihre Warenpreise in ausländischen Währungen oder mit Hilfe einer Schlüsselzahl, wenn auch ein großer Teil dieser in Gold oder Dollar oder Gulden aufgestellten Rechnung in Papiermark in entsprechender Umrechnung bezahlt wird.

Nur der Detaillist muß seine Waren in Papiermark auszeichnen; die Forderung des Wiederbeschaffungspreises macht ihn aber vom Risiko der Markentwertung einigermaßen unabhängig. Durch die Papiermarkkredite der Reichsbank machen die deutschen Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter glänzende Geschäfte durch die Zurückbezahlung der Kredite nach drei Monaten mit entwerteter Mark. So bleibt das Risiko der Markentwertung nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufgebürdet.

Die Arbeiter aller Richtungen sind sich einig, daß die Entwertung des Reallohnes ein Ende nehmen muß. Die Frage ist aber, wie dies geschehen soll. In den Resolutionen, die in den Betrieben im ganzen Reich angenommen wurden, wurde die gemeinsame Forderung in sehr verschiedener Weise formuliert: „Goldlohn", „Friedenslohn", „Wertbeständigkeit", „Auszahlung in Goldmark", „Auszahlung in Dollar" usw. Diese Begriffsverwirrung suchte die Gewerkschaftsbureaukratie auszunützen. Sie sah, daß es nicht mehr möglich war, wie noch im Herbst, die Diskussion über „Goldlöhne" abzuwürgen, die Arbeiter von ihren Forderungen abzubringen. So wurde von einem großen Teil der MSPD.-Presse die Forderung nach „Goldlöhnen" aufgestellt. Die Arbeiter waren nun vielfach der Meinung, daß unter „Goldlohn" der Friedenslohn zu verstehen sei, also der Betrag in Papiermark, der etwa 32 bis 46 Goldmark entspricht. Stellten sich die Arbeiter dies vor, so verstanden die Gewerkschaftsführer unter „Goldlohn" nur die Erhaltung der gegenwärtigen Löhne.

An die Stelle der Goldlöhne ist jetzt der sogenannte „wertbeständige Lohn" getreten. „Wertbeständig" dadurch, daß die Löhne nach einem bestimmten System der Markentwertung und Teuerung angepaßt werden sollen. Das bedeutet praktisch die Einführung von Indexlöhnen. Nach dem Vorschlag der Christlichen Gewerkschaften soll der Index des statistischen Reichsamts als Teuerungsfaktor verwendet werden. Da der Index des Statistischen Reichsamts aber viel zu niedrig und falsch berechnet wird, würde der Lohn der Arbeiter absolut nicht wertbeständig werden, ganz abgesehen davon, daß dadurch, daß der Arbeiter seine Arbeit dem Unternehmer vorschießt und der Lohn erst zu einem Zeitpunkt an den Index angepaßt wird, wenn die Preise schon weiter gestiegen sind.

Die gefährlichste Illusion ist es aber, wenn die Arbeiter den Gewerkschaftsführern glauben, daß durch den Index wenigstens der gegenwärtige Lohn gesichert, Energie zur Erkämpfung eines höheren Reallohnes frei würde. Ganz im Gegenteil würde der Reallohn weiter entwertet werden, die Entwertung durch den Index legalisiert und ein scharfer Kampf um die Erhaltung des Reallohnes geführt werden müssen, der aber sicherlich von der Gewerkschaftsbureaukratie unter Hinweis auf den abgeschlossenen Tarifvertrag mit allen Mitteln sabotiert werden würde.

Alle diese Forderungen können nicht das Ziel erreichen, das die Arbeiter erstreben. Der Kampf muß vielmehr um den Friedensreallohn geführt werden, d. h. dafür, daß der Arbeiter sich dieselben Mengen Waren derselben Qualität kaufen kann, wie in der Vorkriegszeit. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Forderung nach dem Friedensreallohn den Forderungen der breiten Arbeiterschichten entspricht, daß es möglich ist, die Einheitsfront der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten im Kampf um diese Forderung herzustellen. **Klar und deutlich muß aber ausgesprochen werden, daß der Friedensreallohn kein derartiges Rezept ist wie „Indexlohn" usw., daß der Kampf um den**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0001

Friedensreallohn an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft rüttelt, daß er innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Deutschland nicht durchgeführt werden kann. Der Kampf um die Arbeiter-Regierung, der Kampf um die Schwerterfassung und Produktionskontrolle wird aber damit zugleich ein Kampf um die Existenz der Arbeiterschaft, um die Verbesserung ihrer Lage. Kann auch die Arbeiter-Regierung nicht morgen Friedensreallöhne bezahlen, so gibt es zur Erkämpfung der Friedensreallöhne keinen anderen Weg als den Kampf um die politische Macht.

Der Hunger durch die Gewerkschaftsführer stabilisiert

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Juli.

Der Bundesausschuß des ADGB. nahm in seiner gestrigen Sitzung zur Lohnfrage durch die Annahme einer Resolution Stellung, in der den Gewerkschaften empfohlen wird, die Tarifverträge mit einer Klausel zu versehen, die den vereinbarten Löhnen innerhalb jeder tariflichen Lohnperiode die Erhaltung ihrer Kaufkraft sichert. Es heißt darin wörtlich: „Als Berechnungsgrundlage für die Auswertung des Lohnes am Zahltage ist eine amtliche Meßziffer einzuführen, die die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten voll zum Ausdruck bringt. Diese Meßziffer muß wöchentlich festgestellt werden und möglichst kurz vor dem Lohnzahltage im ganzen Reiche veröffentlicht werden."

Für die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Betriebe fordert der Bundesausschuß die sofortige Anwendung durch Gesetz und Verordnungen. In der gleichen Sitzung nahm der Bundesausschuß eine scharfe Erklärung gegen die Sabotageakte im Ruhrgebiet an und forderte von der preußischen Regierung die energische Ermittlung und Bestrafung aller Schuldigen.

*

Damit hat der Bundesausschuß glatt vor den Unternehmern und Cuno kapituliert. Die einzuführende amtliche Meßziffer wird von den Behörden, die im Auftrage der Kapitalisten arbeiten, bestimmt. Die guten braven Gewerkschaftsführer können dann wohl über die ungenügende Höhe der Indexziffern lamentieren und schreien, aber unternehmen oder gar dagegen ankämpfen können sie nicht, denn sie haben sie ja selbst gewollt. Unbekümmert um irgendwelchen Indexlohn, der stets und ständig ein Betrug der Arbeiterschaft ist und eine Stabilisierung des jetzigen Elends und Hungers bedeutet, muß die Arbeiterschaft den Kampf um den Friedensreallohn führen und wenn die Papageien der Arbeitsgemeinschaft in der sozialdemokratischen Presse noch soviel schreiben: „Friedensreallohn ist unmöglich, da zwischen 1914 und heute der Krieg und der Versailler Vertrag liegt." Stimmt — aber Stinnes allein hat ein Vermögen, das größer ist, als die Schulden des Deutschen Reiches. Nicht irgendein Index- oder Goldlohn, sondern Erkämpfung des Friedensreallohnes durch Erfassung der Gold- und Sachwerte der Kapitalisten, das ist der Weg der Arbeiterschaft, wenn sie nicht im jetzigen Elend verharren will.

Der Schwindel des Index-Lohnes

Am Dienstag sollten die Verhandlungen über den Indexlohn in der Zentralarbeitsgemeinschaft weitergehen. Die Unternehmer erklärten aber, daß sie keine Zeit hätten. So wurden die weiteren Verhandlungen auf Donnerstag verschoben. Dafür wurden die Besprechungen der Gewerkschaften mit dem Reichsarbeitsminister fortgesetzt, ohne jedoch irgendein Ergebnis zu zeitigen. Einstweilen tagt die am Montag eingesetzte kleine Indexkommission, bestehend aus Vertretern der Unternehmer, der Regierung und der verschiedenen Gewerkschaftsbünde.

Die VSPD.-Presse entrüstet sich über die provokatorische Haltung der Unternehmer und die durch sie verschuldete Verzögerung. Sie erklärt, die Arbeiterschaft könne nicht mehr länger warten.

Das letztere ist richtig. Darum ist es Pflicht der freien Gewerkschaften, sofort zum einheitlichen Kampf um höhere Reallöhne überzugehen, und zwar auf der ganzen Linie. Daß ist das einzige Mittel, dem Unternehmertum etwas abzuringen. Die Kommunisten werden in einem solchen Kampf an erster Stelle stehen.

Milliarden für die Industrie — für Beamte kein Geld!

Die Reichsregierung hat es endgültig abgelehnt, den Forderungen der Beamten gerecht zu werden, die dahin gingen, die Beamtengehälter vierteljährlich vorauszugahlen. Die Ablehnung wird damit begründet, daß solch große Summen nicht flüssig gemacht werden können, um diese Forderungen zu erfüllen. Für die Beamten ist also kein Geld da. Für die Industriellen aber stehen nicht nur so lumpige Summen, wie die Beamtengehälter ausmachen, zur Verfügung, etliche Milliarden, sondern Billionen sind vorhanden, um sie der „bedrohten" Schwerindustrie in den unersättlichen Rachen zu werfen. Das Kohlensyndikat erhielt nicht weniger als 900 Milliarden durch die Reichsbank auf Anweisung der Regierung angewiesen. Die der Kohlenindustrie gewährten Kredite erreichen die Summe von 2 Billionen Mark, die zurückgezahlt werden, wenn der Dollarkurs die höchsten Höhen erreicht hat.

Aus diesen Tatsachen sollten endlich die Beamten lernen, daß, so lange die kapitalistischen Regierungen am Ruder sind, ihre Hoffnungen auf Sicherstellung der Lebensexistenz vergebliche sein werden. Die Regierung hat nur für ihre Auftraggeber, die Kapitalisten, Geld, nicht aber für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter. Nur eine Arbeiter-Regierung kann die berechtigten Forderungen der Beamten erfüllen, nur die Erfassung der Sachwerte und die Kontrolle der Produktion durch die Werktätigen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, kann auf Kosten der schwerreichen Schmarotzer die Mittel aufbringen. Beamte! Rückt ein in die proletarische Kampffront!

Der weiße Schrecken in Württemberg

(Eigene Drahtmeldung)

Stuttgart, 4. Juli.

Die Klassenjustiz nimmt in Württemberg, parallel mit dem Faszismus, einen starken Vorstoß gegen die Arbeiterschaft vor. Am Dienstag und Mittwoch verhandelte das Landgericht Stuttgart gegen neun früher in der Roten Hilfe tätige Genossen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den jetzigen Redakteur der „Roten Fahne", Richard Janus, 6 Monate, gegen einen zweiten Genossen 4 Monate, gegen drei Genossen je 3 Monate und gegen zwei weitere Genossen je 4 und 3 Wochen Gefängnis. Am selben Tage wurde gegen den Redakteur der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung", Genossen Max Hammer, vom Schwurgericht Stuttgart eine Strafe von 5 Monaten Gefängnis wegen eines Aufrufs des Ober-Ausschusses der Betriebsräte verhängt und 1 Million Geldstrafe.

Am Freitag werden zwei Redakteure der „Süddeutschen Arbeiter-Zeitung", Genosse Hammer und Schreiner, eine Gefängnisstrafe von je 9 Monaten antreten.

Faszistenmord in Wien

Nach bayrischem Muster

MTB. Wien, 4. Juli.

Vor einigen Tagen wurde im Waselwalde bei Heulengbach die schon in Verwesung übergegangene Leiche des 19jährigen Karger aufgefunden, der allen Anzeichen nach ermordet worden ist. Als Täter verhaftete die Polizei bald nach der Auffindung der Leiche einen ebenfalls 19jährigen ehemaligen Schulkameraden Kargers namens Novasat, der schon vor Jahresfrist wegen Diebstahls aus der Schule entfernt wurde. Die Untersuchung ergab, daß sowohl Karger wie auch Novasat nationalsozialistische Parteigänger waren und letzterer einer radikalen Gruppe angehörte. Da demnach die Möglichkeit eines politischen Mordes nicht ausgeschlossen erscheint, hat die Polizei die Untersuchung auch nach dieser Richtung hin ausgedehnt. Mehrere Mitglieder der radikalen Gruppe, der der Mörder angehörte, sind in Untersuchungshaft genommen worden.

Nach einer polizeiamtlichen Verlautbarung gab heute der in der Neulengbacher Affäre verhaftete Novasat bei den wiederholten Verhören als Motiv der Tat an, daß er den angeblich festgestellten **Verrat Kargers an der nationalen Sache habe rächen wollen.** Bisher befinden sich 14 Personen in Haft.

TU. **Wien, 4. Juli.**

Im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an dem 19jährigen Sohn des Ingenieurs Karger und der Vernehmung des Novasat, wurde gestern im Piaristenkonvikt (einem Klostergymnasium) **ein Waffenlager entdeckt, und 25 Mannlicher-Gewehre, eine größere Zahl von Pistolen, Karabinern und Handgranaten beschlagnahmt.** Mit diesen Waffen sollte eine neue besondere Kampfgruppe, die sogenannte Krügergruppe ausgerüstet werden. Der Führer dieser Gruppe, der ehemalige Offizier Krüger, wurde verhaftet.

Der kleine Belagerungszustand in Mitteldeutschland

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat unterm 1. Juli 1923 im Hinblick auf die in letzter Zeit erfolgten Zusammenstöße im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

*

Damit hat die Reaktion vorläufig einen Teil ihres Wunsches erreicht. Die Hakenkreuz- und Stinnes-Presse hat wie besessen nach dem Verbot der Kommunistischen Partei und des „Klassenkampf" geschrieen. Die Aufhebung der verfassungsmäßigen Versammlungsfreiheit ist ein Schritt zu dem Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft, zu einem Pressеverbot.

Die reaktionären Verbände vom Schlage des „Stahlhelm" und „Wehrwolf" werden ein paar Sonntage nicht öffentlich aufmarschieren, dafür aber im Stillen um so rührriger rüsten. Die Arbeiterschaft, die durch die Wucht ihres geschlossenen Aufmarsches und einheitlichen Kampfeswillen die reaktionären Verbände erdrückte, ihre Frechheiten zurückwies und sie bei ihren Angriffen vernichtend schlug, wird an ihrer Kraftentfaltung, die durchaus zum Schutze der Republik beiträgt, verhindert.

Wie vernichtend die Niederlage in Elsleben für den „Stahlhelm" und „Wehrwolf" war, das zeigen die einzelnen Terrorakte und Ueberfälle auf Arbeiter dort, wo sie in der Mehrheit sind. Alle diese Ueberfälle sind der Ausfluß der Angst, die diese Kreise befallen hat. Die „Hallesche Zeitung" hat denn diese Ueberfälle, getreu ihrer Rolle, für die sie von den Kapitalisten bezahlt wird, in Angriffe der Kommunisten umgelogen. So in Delitzsch, wo Stahlhelmleute einen Arbeiter angriffen und als sie nachher die wohlverdiente Tracht Prügel bekamen, zum Revolver griffen, so in Löbejün, so in Frankenhausen. Um die aktive Abwehr der Arbeiterschaft zu verhindern, schrie die „Hallesche Ztg." hysterisch nach dem Verbot des „Klassenkampf" und drohte die „Selbsthilfe„, an, wenn die Behörden die Revolverhelden des „Stahlhelms" gegenüber den Arbeitern nicht in Schutz nimmt. Sie drohte offenen Bürgerkrieg an, und Herr Bergemann verstand den Ruf und verbot im Interesse der „Ruhe und Ordnung" jeden Umzug.

Die bei den Stahlhelmleuten zahlreich vorgefundenen Waffen, die Vorgänge in Magdeburg, müssen den Herren Severing, Hörsing und Bergemann zeigen, von wo die Gefahr droht. Bei keinem organisierten Arbeiter sind Waffen gefunden worden. Mit fordern die sofortige Aufhebung des Verbotes, das gerade die entgegengesetzten Wirkungen hat, als die es haben soll. Die Reaktion wird gerade dadurch gestärkt, so gestärkt, daß sie bald auf das Verbot pfeifen wird. Mit derartigen papierenen Verboten wird die Reaktion nicht niedergeschlagen, noch nicht einmal in ihrer Propaganda und Entfaltungskraft behindert. Eingeschüchtert und zurückgeschlagen wird sie nur durch den Massenaufmarsch des Proletariats. Der Regierungspräsident hat den mitteldeutschen reaktionären Verbänden nach ihrer ersten Niederlage in Elsleben durch das Verbot der Umzüge eine Atempause zu neuem Sammeln gegeben. Das ist die praktische Auswirkung. Und die andere Seite ist direkt skandalös. Die Propaganda-Veranstaltungen der wirtschaftlichen Verbände der Arbeiterschaft werden ebenfalls verhindert. Wir werden ja sehen, ob Herr Bergemann den Propaganda-Umzug des hallischen Konsumvereins, wir nehmen an, daß der Regierungspräsident als guter Sozialdemokrat doch auch Mitglied des Merseburger Konsumvereins ist, verbieten wird. Möglich ist es, nachdem der Umzug des Weißenfelser Gewerkschaftskartells bereits verboten worden ist.

Die Arbeiterschaft darf sich durch einen solchen Scheinkampf gegen die Reaktion nicht täuschen lassen. Alle Maßnahmen richten sich immer gegen die Arbeiterschaft, so auch dieses Verbot, auch wenn ihm nun endlich eine Ausführungsbestimmung über das Tragen von militärischen Ausrüstungsstücken folgen sollte. Die Arbeiterschaft muß wachsam sein, die Bewegung der Faszisten genau verfolgen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Noch eine Devisenverordnung

Als Ergänzung zu den letzten Devisenverordnungen ist eine neue Verordnung seit gestern in Kraft getreten. Diese Verordnung verbietet die sogenannten Termingeschäfte für Zahlungsmittel und für Forderungen in ausländischer Währung, in Edelmetallen sowie in inländischen oder ausländischen Effekten gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten. Auch der Ankauf und Verkauf von Dollarschatzanweisungen zu einem anderen als dem amtlichen Kurs wird verboten.

Termingeschäft ist ein Geschäft, bei dem eine bestimmte Summe von Effekten oder Devisen nicht heute, sondern zu einem bestimmten Tag zu einem bestimmten Preis geliefert werden müssen. Da man mit einer weiteren Verschlechterung der Mark rechnet, so war der Kurs der Dollarschatzanweisungen bei Termingeschäften z. B. für Ende Juli über 200 000 Mk., während der gegenwärtige Kurs 160 000 Mk. ist. Durch das Verbot des Dollarschatzanweisungsverkehrs zu einem anderen als zum amtlichen Kurs soll die Umgehung der Devisenverordnung durch den Handel mit Devisen zum freien Dollarschatzanweisungskurs verhindert werden. Es kann kein Zweifel bestehen, daß auch die neue Devisenverordnung keine Aenderung herbeiführen wird, und daß die Umgehung und die Sabotage weiter andauern werden.

Statt dieser Quacksalbereien muß der Kampf **um die Erfassung der Sachwerte und die Produktionskontrolle** von der werktätigen Bevölkerung aufgenommen und damit zugleich der Kampf um die Arbeiter-Regierung begonnen werden.

Die steigende Not der werktätigen Massen unter dem Druck der steigenden Valutazerrüttung macht die Aufnahme dieses Kampfes zur gebieterischen Pflicht.

Ausland

Das Attentat gegen den tschechischen Finanzminister vor Gericht

Prag, 5. Juli.

Vor dem Staatsgerichtshof begann gestern der Prozeß gegen Soupall, der am 5. Januar auf den Finanzminister Dr. Raschin ein Revolverattentat verübt hatte. Die Anklage lautet auf Verbrechen des Meuchelmordes. Der Angeklagte lehnte jede Aussage ab und verlangte, vor das Schwurgericht gestellt zu werden. Der Antrag der Verteidigung auf Nichtkompetenz des Gerichts wurde abgelehnt und der Angeklagte zu 18 Jahren Kerker verurteilt, verschärft durch vierteljährliches Fasten und Dunkelheit an jedem Jahrestage des Attentats.

Flammenzeichen

Die Nachrichten über faszistische Rüstungen und Aufmärsche, über Einexerzieren und Schießübungen, über Felddienstübungen und Straßenkampfproben der Faszisten gegen den „inneren Feind", d. h. gegen die organisierte Arbeiterschaft, häufen sich mit jeder Stunde. Wieder liegen uns umfangreiche Berichte aus München, Leipzig, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart, Frankfurt a. M., Braunschweig, Hamburg, Bremen, Hannover und Kassel vor. Aus alledem geht hervor, daß es sich um eine einheitliche, über das ganze Reich erstreckende Mobilisierung der faszistischen Kampfverbände handelt.

Was geplant ist, verrät neben Hitler, der in Baden verkündet, daß nur noch wenige Wochen zum Bürgerkrieg sind, der braunschweigische Faszistenführer Uhlenhaut:

Eine Bartholomäus-Nacht!

(Eigene Drahtmeldung)

Braunschweig, 4. Juli.

Am Sonnabend, dem 30. Juni, hatten die sogenannten „verfassungstreuen Hundertschaften", Bezirk Steinlor, im Restaurant Feiten an der Kastanienallee eine Versammlung. Das Referat in dieser Versammlung hielt Herr Uhlenhaut, der bekannte Leiter und Organisator der „verfassungstreuen" Hundertschaften. Herr Uhlenhaut nahm, wie üblich, seinen Mund recht voll. Er erzählte seinen versammelten Mannen: „Unsere Organisation geht vorwärts. Wir haben in den letzten 14 Tagen für unsere Organisation in der Stadt Braunschweig sechstausend Mitglieder gewonnen. Im Bezirk Steinlor allein sind wir auf 800 Mann gewachsen. Unsere Zeit rückt immer näher.

Wir sind für die Verfassung, aber gegen die Regierung. Die Bartholomäusnacht wird auch in Braunschweig in allernächster Zeit stattfinden. Um Waffen braucht Ihr Euch nicht zu sorgen. Wir haben genügend.

*

Diese offene Kriegserklärung an die organisierte Arbeiterschaft erfolgt aus dem „roten" Braunschweig, wo die Sozialdemokraten vollkommen das Feld beherrschen. Die Braunschweigische Regierung besteht in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten. Und wenn schon in diesem Lande, in dem die Sozialdemokratie die große Mehrheit besitzt, in dem die Arbeiterschaft ganz hervorragende Beispiele ihres revolutionären Kampfeswillen vor wenigen Jahren gegeben hat, heute die Faszisten so offen und aktiv auftreten können, wie mag es erst in jenen Ländern und Provinzen aussehen, wo die Arbeiterschaft schwach ist.

*

München, 4. Juli.

Hier fand ein General-Appell aller vaterländischen Kampfesorganisationen statt. Am 1. Juli begann eine 14tägige militärische Ausbildung, an deren Anschluß eine größere Uebung stattfinden soll, bei der sich alle Kampfverbände beteiligen, und zu der auch die Reichswehr mit herangezogen wird.

Leipzig, 3. Juli.

Selbst in Sachsen, dem so verschrienen „Kommunistenstaat", treten die Faszisten immer unverfrorener auf.

In Borna besteht ein Reiterverein, in Geithain und Frohburg wurden die gleichen Vereine gebildet, so daß um das Bornaer Kohlenrevier sich ein dichtes Faszistennetz zusammenzieht. Diese Vereine gehören zum Landbund. Die Mitglieder dieser Vereine werden im Schießen und Exerzieren ausgebildet. In den Kohlengruben werden Beamte eingestellt, die als ehmalige Offiziere äußerst feindselig gegen die Arbeiterschaft vorgehen und engste Verbindung mit den genannten konterrevolutionären Vereinen haben. Diese landbündlerischen Faszisten halten engste Koalition mit dem schwarzweißroten Bürgerbund.

In Grimma ist die „Fürstenschule" der Hort der Reaktionäre. Militärische Ausbildung, Handhabung der Schußwaffen, Manöver, Märsche und Uebungen im Gelände, Straßenkampf sind die beliebten Unterhaltungsspiele dieser Organisationen und faszistischen Jugend. Ganz ähnliche Nachrichten liegen vor aus Oschatz, Riesa, Landsberg usw., bei denen die alten kaiserlichen Generale Märcker, Blochmann und Georgi eine hervorragende Rolle spielen.

*

Aus diesen Berichten aus Sachsen geht hervor, daß selbst dort, wo die Regierung in sehr radikalen Aeußerungen die Faszistengefahr kennzeichnet, sich die Faszisten ganz ungestört entfalten und entwickeln können.

Auch aus Baden liegt ein großer Bericht vor über die Betätigung der Faszisten in der Randzone des besetzten Gebietes. Alle diese Nachrichten zeigen, daß wir in stets schärferem Tempo einer planmäßig angelegten Aufstandsbewegung der Konterrevolution entgegengehen. Die Sozialdemokratie, die in ihrer Presse gelegentlich ebenfalls über die faszistischen Richtungen zu berichten haben, haben in wiederholten Andeutungen gezeigt, daß sie über das, was sich hinter den Kulissen der bewaffneten Macht der Reichswehr, hinter den Kasernenmauern und auf den Schießplätzen dieser „republikanischen" Schutztruppe abspielt, mehr wissen, als was sie der Arbeiterschaft zu sagen wagen. Die Sozialdemokraten wissen, daß diese konterrevolutionäre Gefahr sie mindestens genau so an den Kragen geht, wie allen anderen proletarischen Organisationen. Es genügt nicht, gelegentlich einmal, wenn die Faszisten zu frech und offenkundig auftreten, nach proletarischem Selbstschutz zu schreien, um aber im nächsten Augenblick wieder in fanatischster Hetze gegen die Kommunisten den beginnenden Selbstschutz auf das wütendste zu bekämpfen, um die faszistischen Staatsanwälte und Richter auf Arbeiter zu hetzen, die nichts anderes tun, als ihre Vorbereitungen gegen die faszistische Gefahr zu treffen.

Die Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Parteirichtung, muß in den Betrieben, in öffentlichen Versammlungen unverzüglich Stellung nehmen, um ihren einheitlichen Willen den zögernden und wankenden Führern der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzuzwingen. Dringender wie je müssen die Forderungen der Arbeiter lauten:

Her mit dem proletarischen Selbstschutz!

Ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, damit diese nicht aus Not den Faszisten in die Arme getrieben werden.

Sofortige Beseitigung des Verbots Severings der proletarischen Hundertschaften!

Jede Organisierung und Bewegung der Faszisten muß durch das organisierte Proletariat verhindert werden!

Beseitigung aller Förderer und Organisatoren der Faszisten aus der Reichswehr!

Beseitigung aller faszistischen Richter und Staatsanwälte, Polizeioffiziere und Vollzugsbeamten!

Her mit der Arbeiter-Regierung, die allein diese Forderungen verwirklichen kann!

Schupo als Nationalistenhilfstruppe

(Eigene Drahtmeldung)

Dortmund, 4. Juli.

Auf der Fahrt von Hamm nach Dortmund wurde der Unterbezirkssekretär der KPD. in Hamm, als er im Gespräch mit Nationalisten seine Meinung vertrat, durch Schupo aus dem Zuge heraus verhaftet. Mehrere Pakete der „Jungen Garde", die er bei sich hatte, wurden ihm abgenommen. Er wurde mehrere Stunden festgehalten, bis eine öffentliche Versammlung der Partei, in der er reden sollte, glücklich aufgelöst war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0002

Doppeltes Spiel in Sachsen?

Vom politischen Bureau der Zentrale wird uns geschrieben:

Die sächsischen Minister Zeigner, Liebmann und Graupe haben in den letzten Tagen sehr tapfere Reden gehalten gegen die deutsche Bourgeoisie und gegen die Reichsregierung. Sie haben damit der Arbeiterklasse die Gefahren der Stunde aufgezeigt. Die Bourgeoisie schreibt empört nach dem Staatsgerichtshof gegen die Minister.

In der Presse geht die Nachricht herum, daß Zeigner nach Berlin zu Herrn Ebert und Herrn Cuno kommandiert wird. Die bürgerlichen Parteien des sächsischen Parlaments bringen gegen die Zeigner-Regierung ein Mißtrauensvotum ein. Was tat die Zeigner-Regierung? Hat Zeigner im sächsischen Parlament auch nur in Worten seinen Mund gestanden? Die VSPD.-Fraktion schwieg auf die Angriffe der Bourgeoisie. Zeigner allein sprach. Aber was er sprach, war keine Kampfansage gegen die Bourgeoisie, sondern ein Rückzug vor den Konsequenzen seiner Rede in Planitz. Die Rede Zeigners ist der Rückzug der sächsischen Regierung vor dem Geschrei der Bourgeoisie, vor dem Knüppel des Herrn Ebert, vor den Prügeln des sozialdemokratischen Parteivorstandes und den sächsischen Fleißnerleuten, den sächsischen Arbeitermördern. Hätte Zeigner zu seinen Worten in Planitz gestanden, seine Rede im sächsischen Landtag hätte dem Proletariat klar sagen müssen, was das Proletariat gegen den Faszismus, gegen die bankrotte Cuno-Regierung, gegen die ungeheure Verelendung des Proletariats zu tun hat und was die sozialdemokratische Regierung in Sachsen, die sich auf die arbeitenden Massen stützt, in Verbindung mit diesen breiten Massen zu tun gedenkt. Aber einmal radikal reden, der Arbeiterschaft die Gefahren aufzuzeigen und dann zurückpfeifen, das bringt die Arbeiterschaft in Verwirrung, das stärkt die Kraft des Faszismus, der sieht, daß hinter radikalen Redensarten nichts anderes steht, als die Bereitschaft, auch diese radikalen Redensarten preiszugeben.

Die Arbeiterklasse muß sehen, daß ihre Regierung nicht eine Regierung der radikalen Phrase, sondern eine solche des rücksichtslosen Zupackens gegen die Konterrevolution ist. Die Regierung tat nicht mehr wie ihre Pflicht, als sie eine relativ niedrige Summe für die Erwerbslosen bereitstellte. Sie ist jedoch über Drohungen und Gesten gegen die Konterrevolution und gegen den Faszismus im wesentlichen noch nicht hinausgekommen. Wenn die Regierung außerordentlich belastendes Material gegen den Faszismus hat, dann hat sie die verdammte Pflicht, dieses Material der gesamten Arbeiterschaft zu unterbreiten. Mit dem Faszismus kann man nicht diplomatisieren, mit ihm muß man kämpfen. Sehen die Faszisten, daß die Regierung nur das Maul aufreißt und die Fäuste ballt, ohne loszuschlagen, dann werden sie diese Regierung eben so wenig ernstnehmen wie die Regierung Cuno. Sie werden der Regierung auf der Nase herumtanzen, um sie alsbald kaltblütig aus dem Wege zu räumen.

Gewollt oder ungewollt stärkt die sächsische Regierung auch den Faszismus durch ihre Behandlung der Arbeitermorde in Leipzig. Soll die eingesetzte, von der Leipziger SPD. nicht anerkannte Untersuchungskommission etwa ein Begräbnis erster Klasse sein? Glaubt die sozialdemokratische Regierung Sachsens, die Kommunistische Partei kann vergessen, daß zwischen ihr und der Regierung das Blut ermordeter Arbeiter liegt?

Den Arbeitern nützt es verdammt wenig, daß der Arbeitermörder Fleißner kein Liebling von Zeigner ist. Die Zeigner-Regierung muß durch etwas anderes als durch Gefühle, sie muß durch die Tat beweisen, daß sie nicht duldet, daß irgendjemand, sei es der Faszist, sei es der Fleißner, gegen die Arbeiter schießen läßt.

Die Kommunistische Partei wird in dieser Frage kein Auge zudrücken, sondern restlos, bis zur letzten Konsequenz Klarheit schaffen. Wenn die Regierung den Blut-Fleißner nicht abschüttelt und den Provokateuren in der Polizei nicht den Prozeß macht, dann trägt sie die vollen Umfange der Verantwortung für das vergossene Arbeiterblut. Die Kommunistische Partei kann sich mit der Regierung unter keinen Umständen in diese Verantwortung teilen. Verurteilt die Regierung theoretisch die Roske-Politik eines Fleißner, dann muß sie als Regierung der arbeitenden Masse auch den Mut haben, diesem Roske das Handwerk zu legen. Selbst die radikalsten Reden können nicht den objektiven Eindruck verwischen, den die praktische Haltung der Regierung gegenüber den Faszisten in der Polizei hervorruft.

Vor den Augen der Arbeiter erscheint das Spiel der Sozialdemokratie als ein Spiel mit doppelten Rollen. Die rechte SPD. führt, ohne von der Regierung gehindert zu werden, praktisch den Roskekurs gegen die Arbeiter durch.

Die radikalen roigetünchten Kulissen der „Linken" sollen dann die Proletarier über die blutigen Tatsachen hinwegtäuschen. Bilden sich die linken Sozialdemokraten etwa ein, daß die Kommunisten sich zu solch einem Spiel hergeben? Glaubt die Regierung, die KPD. werde ein solches Doppelspiel unterstützen? Wir sind jederzeit bereit, mit der Regierung im Klassenkampfe gegen die Bourgeoisie durch dick und dünn zu gehen, aber wir werden keine Minute zögern, die Regierung von uns abzuschütteln, wenn das Schild der SPD. mit dem Blute ermordeter Arbeiter bedeckt werden soll. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden unsere Haltung im vollen Umfange verstehen. Die Entscheidung liegt in den Händen der Regierung. Der Untersuchungsausschuß soll sofort sein Votum abgeben oder er soll verschwinden. Unter keinen Umständen jedoch Scharlatanerie und Falschspiel vor den Arbeitern.

Die Kommunistische Partei hat sich mit der Regierung Zeigner verbündet zum Kampf gegen die Kapitalisten und alle ihre Knechte. Sie hat jedoch volle Freiheit, das Bündnis zu lösen, wenn es die Interessen der Arbeiter erfordern und kann dem Verbündeten von gestern als Feind von heute entgegentreten. Die Regierung hat nicht verhindern können, daß ihre rechten Parteigenossen auf Arbeiter schießen ließen. Welche Garantien hat die Regierung dem Proletariat zu geben, daß sich die Arbeitermorde der Roske-Sozialdemokraten in Sachsen nicht schon morgen wiederholen? Die Regierung muß verhindern, daß die rechten Sozialdemokraten morgen schießen werden. Die einzige Garantie gegen einen neuen Dolchstoß durch die Rechte hat die Regierung bisher nicht durchgeführt. Sollte sie zu feig sein, den Schritt zu wagen, zittert sie vor den mephistophelischen Intriganten und den noskefreundlichen Koalitionspolitikern, wieviel mehr wird sie dann zittern vor den Faszisten und vor dem Aufmarsch der bewaffneten Macht der Reichsregierung. Wer den Kampf gegen den Roskekurs in der eigenen Partei praktisch nicht aufzunehmen wagt, der wird im Kampfe auf Leben und Tod mit der herrschenden Klasse kein Verbündeter der Arbeiter, sondern ein Feind, bestenfalls ein Hemmnis sein.

Die Kommunistische Partei würde Illusionen in den arbeitenden Massen wecken, wenn sie der Regierung gestattete, ihren Frieden mit den Roske zu machen. Die Arbeiterschaft müßte in der Illusion leben, daß die Regierung Zeigner eine Regierung des revolutionären Kampfes ist, während sie in Wirklichkeit nur eine radikale Attrappe darstellt. Das Erwachen aus dieser Illusion würde von der Arbeiterschaft teuer bezahlt werden. Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung entscheidet. Die arbeitenden Massen jedoch erkennen an diesem Beispiel, daß eine sozialdemokratische Regierung ein höchst unzulängliches Instrument ist und daß der Kampf gegen die herrschende Klasse nur mit Erfolg auf breitester Grundlage zum Siege geführt werden kann durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Die Arbeiterschaft wehrt sich

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin 5. Juli.

Die Fürstenwalder „Vaterländischen Vereine und Verbände" hatten am Montag das Bedürfnis, alle Scharten auszuwetzen und veranstalteten eine Schlageter-Gedenkfeier, an die sie aber dank der Wachsamkeit und Aktivität der Fürstenwalder Proleten noch lange denken werden. Schlageters Bild blickte trübselig unter der wallenden roten Fahne hervor (die schwarzweißrote war den Weg ins Nichts gewandelt) und tausende Proleten sangen den Rotgardistenmarsch und die Internationale. Zum Schluß fand eine Massendemonstration — speziell durch das satte Viertel — gegen den Weg Leo Schlageters und für den Weg der sozialen Revolution statt, die mit einem brausenden Hoch auf das „rote Fürstenwalde" und die Weltrevolution ihr Ende fand. Derweil brüteten die teutschen Mannen mal wieder über einem Pamphlet gegen den roten Terror und sannen nach der „republikanischen" Polizei, die ihre „demokratischen Bürgerrechte" so wenig geschützt hatte.

Bucharin zum Programmentwurf der KJ.

(Schluß der Faszistendebatte.)

Genosse Goptner (Deutschland): Die Kommunistische Jugend steht auf dem Standpunkt, daß in die proletarischen Hundertschaften auch die Arbeiterjugend, schon vom 17. Jahre angefangen, eingereiht werden soll, sonst besteht die Gefahr, daß die Jugend entweder ihre eigenen Organe bildet — was durchaus nicht im Interesse der Arbeiterbewegung liegt — oder daß sie dorthin geht, wo sie die Aktivität findet, zu den faszistischen Organisationen. Was den internationalen Kampf gegen den Faszismus betrifft, sind unsere Aktionen zu schwach gewesen. Wir sehen, daß der Faszismus den Kampf international führt.

Genossin Klara Zetkin (Schlußwort): Wir können mit Befriedigung auf diese Debatte zurückblicken. Ihr Niveau steht weit über dem Niveau der Debatte auf dem Hamburger Kongreß. Dort wurde die Frage theoretisch gar nicht beleuchtet, und praktisch lief sie auf die Aufforderung zum Kampf gegen die Kommunisten hinaus.

Die Debatte hat meine Feststellungen unterstrichen, daß der Faszismus nicht nur militärisch, sondern auch politisch und ideologisch überwunden werden muß. Die Rede Radels hat mich tief erschüttert.

Serra meinte, daß der Boykott gegen den Faszismus nicht zweckdienlich sei. Diese Forderung wurde von der Frankfurter Konferenz aufgestellt.

Es muß ferner bemerkt werden, daß diese Forderung von einer Konferenz aufgestellt wurde, in der Vertreter aller Parteien aus den Betrieben erschienen sind. Die Konferenz war die erste Errungenschaft unserer Einheitsfronttaktik. Wir sollten daher die dort aufgestellte Forderung nicht ohne Not fallen lassen. Auch der Boykott gegen Horthy-Ungarn hatte nicht die gewünschten Folgen. Er hatte dennoch eine aufrüttelnde Wirkung.

Die Kneipen und die Brustkästen des Faszismus. Unsere Agitation muß daher auch in diese getragen werden. Wir müssen uns besonders jener Elemente des Faszismus annehmen, die in gutem Glauben den Faszismus mitmachen: **wir, die wir nicht in das Nichts wandern, sondern in eine lichte Zukunft, wir müssen diese Zukunft auch den gutgläubigen Elementen unter den Faszisten zeigen.** Wir müssen arbeiten und den Kampf um jede einzelne Seele führen.

Bucharin über das Programm der Komintern

Der vierte Kongreß hat die Frage des Programms der Komintern nicht besonders gründlich behandelt. Er hat nur verlangt, daß die Teilforderungen motiviert werden sollen im ersten Teil des Programms.

Die Exekutive muß meiner Meinung nach beschließen, wie der Aufbau des Programms beschaffen sein soll, ob es für alle Parteien einen obligatorischen gemeinsamen Teil geben soll oder nicht. Meiner Meinung nach wäre es zweckmäßiger, daß alle unsere Parteien diesen gemeinsamen Teil haben sollen. Das war auch die allgemeine Stimmung auf dem vierten Kongreß. Dieser gemeinsame Teil wäre das Symbol dafür, daß wir auf dem Wege sind, eine Weltpartei zu werden.

Dieser allgemeine Teil des Programms sollte in der Analyse des Kapitalismus, der Entwicklung des Imperialismus, der Schilderung unseres Maximalprogramms, der Schilderung unserer Uebergangsforderungen und in der Begründung der Teilforderungen laut dem Beschluß des vierten Kongresses bestehen. Bisher liegen uns drei Programmentwürfe vor, von denen einer von mir stammt, einer von der deutschen Partei und einer vom Genossen Bargg. Zwischen diesen drei Programmentwürfen bestehen theoretische Differenzen, die ziemlich wichtig sind.

Der deutsche Entwurf steht auf dem Boden der Ansichten der Genossin Luxemburg über die Akkumulation des Kapitals. Sie sind der Ansicht, daß die wissenschaftliche Begründung des Zusammenbruches des Kapitalismus nur mit Hilfe dieser Theorie geführt werden kann. Ich teile diese Ansicht nicht.

Seit dem vierten Kongreß sind einige Ereignisse in dem Leben der Komintern und ihrer Sektionen eingetreten, die die Aufstellung einiger besonderer Punkte notwendig machen. Dazu gehört 1. die nationale Frage, der wir mit der Zeit größerere Bedeutung beimessen müssen als bisher. Eine andere Frage, über die wir fast gar nicht gesprochen haben, ist die Frage der **Weltanschauung.** Ich halte es für notwendig, daß wir im allgemeinen Teil auch unseren marxistisch-materialistischen Standpunkt genau formulieren und damit auch unser **Verhältnis zur Religion** kennzeichnen.

Ich komme jetzt noch zu drei Fragen, die miteinander verbunden und die ziemlich heikler Natur sind. Das sind **der sogenannte Rote Imperialismus, die Möglichkeit von Bündnissen proletarischer Staaten mit bürgerlichen Staaten und der Arbeiteraristokratismus und Arbeiterimperialismus.** Diese Fragen müssen im allgemeinen Teil des Programms mit erörtert werden. Es kann zu Kämpfen zwischen bürgerlichen Staaten untereinander kommen, es kann zu nationalen Befreiungskämpfen seitens der besiegten Bourgeoisien oder seitens der Kolonialvölker kommen, oder es kann zu Kämpfen der Proletarier- und Bauernklasse gegen ihre Unterdrücker kommen. Die Frage der Hilfeleistung seitens der schon bestehenden proletarischen Staaten an das revolutionäre Proletariat anderer Staaten ist nur für die allernächste Zeit eine theoretische Frage. **In der weiteren Zukunft wird sie keineswegs nur theoretisch bleiben. Wir haben einen ähnlichen Fall schon in Georgien erlebt.**

Auch das Problem der Bündnisse proletarischer Staaten mit bürgerlichen Staaten muß berücksichtigt werden. Sowjet-Rußland hat z. B. die Türkei in Lausanne unterstützt und keine Kommunistische Partei hat ihm daraus einen Vorwurf gemacht. Oder nehmen wir den Fall der im Entstehen begriffenen Regierung Sung Pat Sen. Wir unterstützen Sun Yan Sen, obwohl er keineswegs eine proletarische Regierung bilden wird, sondern eine bürgerlich-revolutionäre Regierung. Aus allen diesen Beispielen ergibt sich die Möglichkeit verschiedener Kombinationen, die alle unter dem allgemeinen Begriff der Strategie der proletarischen Staaten zu betrachten sind.

Wenn der proletarische Staat entsteht, taucht sofort die Frage auf, ob er zum Sammelpunkt aller Unterdrückten, d. h. also nicht nur proletarischer Schichten allein werden soll oder nicht. Je mehr der Kapitalismus zerfällt, desto mehr wird sich die Erscheinung bemerkbar machen, daß die schon bestehenden proletarischen Staaten Sammelpunkte aller Unterdrückten werden.

Genosse Treint sagt: Ich bin für den **Arbeiterimperialismus.** Der Imperialismus hat ein anderes Ziel als die Verbreitung solcher Verhältnisse, die die ganze Welt **unter die Herrschaft einer finanzkapitalistischen Clique** stellt. Etwas anderes ist die **Ausbreitung des Sozialismus.** Ich glaube, daß wir im allgemeinen programmatischen Teil das Problem der entstehenden proletarischen Staaten als Konzentrationspunkte für alle Unterdrückten mit unter die Rubrik der Strategie der proletarischen Staaten stellen sollten.

Der Teil über die Motivierung der Teilforderungen im Programm soll auch in Zusammenhang gebracht werden mit der **Arbeiter- und Bauern-Regierung.** Wir müssen in das Programm die Feststellung aufnehmen, daß eine selbständige Bauern-Regierung dauernd überhaupt unmöglich ist. Es kann nur eine Vorherrschaft des Proletariats geben. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird schließlich auch zu einem Kampfe wegen der Führung der Bauernschaft werden.

Ich beantrage deshalb die Annahme

folgender Resolution:

„Die Erweiterte Exekutive hält es für notwendig, daß im Programm aller Parteien ein gemeinsamer allgemeiner Teil enthalten ist. Weiter betrachtet die Erweiterte Exekutive es als wünschenswert, im Programm auch eine Beleuchtung folgender Fragen zu geben: der Frage der Weltanschauung (marxistischer Materialismus, Verhältnis zur Religion usw.); der nationalen Frage, der Frage der Strategie der proletarischen Staaten, der Frage der Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Jede Partei hat folgendes Material zu beschaffen und dem EK. zur Verfügung zu stellen: 1. zur Analyse der Lage des Landes in der gegenwärtigen Epoche; 2. Zusammenstellung von Teilforderungen; 3. Zusammenstellung des Materials über das Verhalten gegenüber anderen Arbeiterparteien; 4. Entwürfe zum nationalen Teil des Programms; 5. Kritik der schon bestehenden Entwürfe über den allgemeinen Teil und eventuell neue Vorschläge zum allgemeinen Teil.

Jede Partei bestimmt einen Genossen, der verantwortlich ist für die Arbeit auf diesem Gebiet. Die erweiterte Exekutive bildet eine engere Kommission, deren Zweck zu bestehen hat: 1. in der Herstellung der Verbindungen mit den anderen Parteien; 2. in der Anregung und Leitung der Diskussion zur Programmfrage; 3. in der Ausarbeitung des Programmentwurfs des allgemeinen Teils zum fünften Kongreß auf Grund des gesamten zusammengestellten Materials sowie auch in der Beleuchtung der Programme unserer nationalen Sektionen."

Der Bericht wird ohne Diskussion entgegengenommen.

Zum Bericht der Exekutive

Resolution:

Die Sitzung der Erweiterten Exekutive hat die Berichte über die Tätigkeit der Exekutive und des Präsidiums in der Periode seit dem letzten Weltkongreß entgegengenommen. Sie billigt die Tätigkeit der Exekutive und bestätigt alle gefaßten Beschlüsse. Besonders erklärt das Plenum seine Zustimmung mit demjenigen Vorgehen und mit denjenigen Maßnahmen, die die Exekutive zur Lösung der in einzelnen Sektionen aufgetauchten strittigen Fragen verfügt hat.

Das große Rätselraten

NTP. Stockholm, 4. Juli.

Die Londoner Korrespondenten von Svenska Dagblad und Stockholms Tidningen meldet, daß die englische Regierung fest entschlossen sei, den Meinungsaustausch mit der französischen Regierung einzustellen und auf Grund der deutschen Note vom 7. Juni selbständig mit dem Kabinett Cuno zu verhandeln, wenn nicht längstens bis Mitte dieser Woche eine befriedigende schriftliche Antwort auf die Fragen Baldwins von Poincaré eingegangen ist.

*

Es macht wirklich Spaß, die bürgerlichen Zeitungen in ihren krampfhaften Bemühungen, das Volk von der realen Tatsache der kommenden noch größeren Verelendung abzulenken, zu verfolgen. Jeder Ausspruch, jede Rede irgendeines Mächtigen oder Gernegroß oder auch wirklichen Staatsmannes wird sondiert und zerlegt und aus jeder Rede, wenn sie nicht gerade von Poincaré gehalten wird, wird ein Funken Hoffnung für Deutschland herausgesucht. So wird jetzt die Presse von den Regierungs-Telegraphen-Bureaus auf den Gegensatz zwischen England und Frankreich eingestellt und alle Schmoks versuchen nun im Schweiße ihres Angesichts, je nach ihrer politischen Differenzierung, den größtmöglichsten Erfolg der Cuno-Regierung herauszulesen. Ob England gesondert mit Deutschland verhandelt, ob die Ententestaaten zusammen, ob Amerika sich in den Gang der Verhandlungen einmischt, Tatsache ist und bleibt, daß die deutschen Kapitalisten ihren Frieden mit den Ententekapitalisten längst geschlossen haben und daß der Schluß der ist: Das Proletariat muß alles zahlen.

Aus der Partei

Ein neues Parteiblatt im Ruhrgebiet

Die Entwicklung der Parteipresse hat sich günstig gestaltet, so daß jetzt am 1. Juli wiederum eine neue Parteizeitung gegründet werden konnte, und zwar in Bochum. Bisher lasen die Bochumer Genossen mit den Dortmunder Genossen gemeinsam eine Zeitung, die „Westfälische Arbeiter-Zeitung". Jetzt waren die Genossen in Bochum in der Lage, ein eigenes Blatt herauszugeben. Diese neue Zeitung haben sich die Genossen aus eigener Kraft geschaffen, ohne finanzielle Unterstützung der Gesamtpartei.

Damit verfügt die Kommunistische Partei jetzt im Ruhrgebiet über fünf Tageszeitungen: das „Ruhr-Echo" in Essen, die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung" in Duisburg-Hamborn, die „Arbeiter-Zeitung für Gelsenkirchen-Buer", die „Westfälische Arbeiter-Zeitung" in Dortmund-Hamm und die „Westfälische Arbeiter-Zeitung" für Bochum.

Das „Volksblatt" leistete sich kürzlich den Witz, die KPD. habe sich im Ruhrgebiet des „letzten Restes an Einfluß beraubt". Aber solche Witze lachen selbst die Hühner. Das „Volksblatt" sollte sich wirklich Redakteure besorgen, die nicht ganz auf dem Monde leben.

Unterbezirkskonferenz in Essen

Am Sonntag tagte in Essen eine sehr stark besuchte Unterbezirkskonferenz. Genosse Stöcker sprach über die politische Lage. In der Debatte wurde eine Reihe taktischer Fragen erörtert, die aber durchaus einheitliche Auffassung zeigten. Alle Redner erklärten sich mit der Haltung der Partei einverstanden.

Ueber die Gewerkschaftsfrage referierte Genosse Götz, der über Fortschritte in der Eroberung der Gewerkschaften berichten konnte.

Der organisatorische Bericht zeigte ein stetes und gutes Anwachsen der Partei. Die Mitgliederzahl ist von etwa 4000 im Monat Januar auf etwa 6000 im Juni gestiegen. Genosse Borzmann sprach eingehend über die praktischen Aufgaben.

Vom Tage

Lustmord an einer Siebenjährigen

In Potsdam ist man einem furchtbaren Verbrechen auf die Spur gekommen. In der Nähe des Observatoriums auf dem Brauhausberg wurde in einer Erdhöhle die Leiche eines kleinen Mädchens verstümmelt aufgefunden. Die Potsdamer Kriminalpolizei stellte fest, daß das Mädchen von einem Manne nach dem Brauhausberge entführt worden war. Die hier vorgenommenen Nachforschungen führten dann zum Fund der kleinen Leiche, bald darauf gelang es auch den Täter festzunehmen. Er wurde festgestellt als ein 36 Jahre alter Kutscher Wilhelm Melenberg aus der Kreuzstraße 27 in Potsdam, wo auch im Laufe des heutigen Vormittags seine Verhaftung erfolgte. Melenberg war der Polizei durch Delikte auf sittlichem Gebiet bekannt.

Ein räuberischer Reichswehrsoldat. Am Sonntagnachmittag unternahm ein Mädchen in Lankwitz mit einem Reichswehrsoldaten einen Spaziergang. Als sie einen wenig belebten Feldweg entlangingen, wurde der Begleiter des Mädchens zudringlich. Das Mädchen verbat sich das, und jetzt zog der Soldat sein Seitengewehr und bedrohte es damit. Es kam zu einem Kampfe bei dem der Soldat dem Mädchen Bluse und Mantel zerriß, um schließlich, als auf seine Hilferufe Leute herbeieilten, mit der Handtasche des Mädchens, die bares Geld, eine goldene Armbanduhr und eine Halskette mit Medaillon enthielt, zu verschwinden. Er gelang zwar nicht, den räuberischen Soldaten mit seiner Beute einzubolen, doch wurde in dem Kornfelde das Seitengewehr gefunden, mit dem er das Mädchen bedroht hatte. An Hand des Seitengewehrs gelang es der Kriminalpolizei bald, den Täter als den Fahrer Paul Kage aus der Lankwitzer Kaserne festzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0003

«UFA» «UFA» «UFA»

U.T

Leipziger Straße 88

Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 6. Juli 1923:

Der sensationelle Riesenspielplan!

in einer Vorstellung. In einer Vorstellung

3 Teile **Das gelbe Dreieck** 13 Akte

Abenteuerfilm in 4 Abteilungen.

2. Teil: **Die Wasser sprechen.** 4 Akte.
3. Teil: **Gräber, die sich öffnen.** 5 Akte.
4. Teil: **Das Haus des Vergessens.** 4 Akte.

Es versäume niemand, sich dieses außergewöhnliche Filmwerk mit seinen Original-Aufnahmen von Spanien, Frankreich und England anzusehen.

Sensationen! Atemraubende Ereignisse!

Vorführung: Sonntags 3.10, 5.40, 8.10. Werktags 4.00, 6.10, 8.20.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

W.T

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 6. Juli 1923:

Die in ganz Deutschland einzig dastehende

Seidel-Sänger

Leipzigs beste und vornehmste Herrengesellschaft in einem vollständig neuen, auserlesenen Programm:

Flotte Bummelbrüder Humoristisches Potpourri, gesungen von den Herren Marcellus, Weltmann und Gebrüder Seidel. Arrangiert von F. Gießmer.

Früher und heut Original-Solovortrag von A. Seidel jun.

Maxe im Liebesstreit Humoristische Solozene von W. Seidel.

Hermann Marcellus in seiner selbstverfaßten Bergmannsansprache: „Gebt uns're rote Erde, den Rhein, die Heimat frei".

Erry Barré in seiner Tanzszene: „Die kleine Witwe aus Sumatra".

S. S. S. das berühmte Trio „Wenn der Vater mit den Söhnen . . ." Arthur Seidel jun., Willy Seidel und Arthur Seidel jun.

Deibchen, das sächsische Unikum Humor. Solozene von C. Weltmann.

Madame Katzbach
Schwank in einem Aufzuge.

Oberst von Brandorf . . C. Weltmann
Josephine, geb. Gräfin Katzbach, seine Frau . . A. Seidel sen.
Grete, beider Tochter . . . E. Barré
Oktokar v. Römhild, Leutnant W. Seidel
Meta Metelli, Tänzerin . . A. Seidel jun.
Fritz, Burschi bei Römhild . H. Marcellus
Ort der Handlung: Leutnant Römhilds Wohnung. Zeit: 1913.

Schlußmarsch, geblasen von sämtlichen Herren.

Sämtliche Damenrollen werden von Herren dargestellt.

Aenderungen im Programm vorbehalten.

Am Flügel: Kapellmeister und Komponist **Felix Gießmer.**

— Auftreten täglich 4.30 und 7.50. —

Dazu das ergreifende Filmwerk in 5 Akten:

„Menschenopfer"

Regie: **Carl Wilhelm.**

In den Hauptrollen: **Carola Toelle, Alfred Abel, Eugen Klöpfer.**

Wir bitten, möglichst die erste Vorstellung 4.30 Uhr zu besuchen, da der Abendandrang ein gewaltiger sein wird.

Vorführung: 6.30 9.50. Beginn: Sonntags 3.30 Uhr. Werktags 4.30 Uhr.

U.T 3309

Alte Promenade 11a

Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 6. Juli 1923:

Ein neuer bemerkenswerter Erfolg auf dem Filmgebiete

Samson u. Delila

Der Roman einer Opernsängerin in 6 Akten.

Monumentalfilm d. Corda-Film-Konsortiums, Wita-Kontz, Wien.

Regie: **Alexander Corda.**

Personen des modernen Teiles:
Julia Sorel . . Maria Corda
Prinz Andrejewitsch Franz Heterich
Ettore Ricco . Paul Lukaos
Der Impresario Ernst Arndt
Der Schiffskoch O. Hugelmann

Personen des biblischen Teiles:
Delila . . . . Maria Corda
Samson . . . Alfred Galaor
Philisterfürst . Franz Heterich
Ben Jra . Franz Hauenstein

Der Film Samson und Delila bringt etwas Neues, Eigenartiges. Während der erste Teil auch lebhaft gehehrte, großzügig hingeworfene Bilder und wahrhaft kolossale Bauten fesselt, jetzt im zweiten Teil eine Spannung ein, wie wir sie bei den neuesten Filmen nicht immer in gleicher Intensivität gefunden haben In den beiden ersten Akten sehen wir eine Opernbina, der ein alter Rabbi die Geschichte von Samson und Delila erzählt. Im Film tritt diese Erzählung in Gestalt einer wahrhaft glanzvollen Bilderfolge zutage. An dem Punkte, wo die biblische Erzählung den Verrat der Delila anheben läßt, setzt die moderne Handlung ein. Der Knoten der Handlung ist auf eine ganz raffinierte Art und Weise geschlungen und groß ist auch die Ueberraschung des Publikums, als in den letzten Szenen die gänzlich unerwartete und dabei so harmlose Lösung des Rätsels erfolgt.

Maria Corda, die blendende Charakterdarstellerin, entfaltet ihr ganzes Talent und gibt uns eine Kostprobe ihres bezaubernden Könnens. In der biblischen Episode steht Alfred Galaor, der italienische Meisterartist, als Samson an ihrer Seite.

Der Film Samson und Delila wird ohne Zweifel großen Anklang und dankbare Zuschauer finden.

Vorführung: 4.20 6.30 8.40.

Freddys große Ferien. Original-Goldwyn-Komödie in 2 Akten.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

«UFA» «UFA» «UFA»

Sie kaufen preiswert und gut:
Sommer-, feldgraue u. Lodenjoppen, prima Monteur- u. Köperanzüge, Pilot-, Manchester-, Kord-, feldgraue u. Satinhosen, Barchent-, Trikot- u. Einsatzhemden,
Stutzen,
extra große Schlafdecken, Zephir, Schürzenstoffe, Hemdentuch, Barchent und vieles mehr. 3320
Textil-Handels-Gesellschaft m. b. H.
vormals Reinke,
Leipziger Straße 55¹, am Riebeckplatz.

Bekanntmachung.

3313

Die Gebühren für die Benutzung des städtischen Schlacht- und Viehhofes sind vom 4. Juli 1923 an erhöht worden.

Die Gebührenordnung liegt in der Kasse des städtischen Schlacht- und Viehhofes während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Halle a. d. S., den 3. Juli 1923.

Der Magistrat.

Gold- Silber-, Platin-Bruch Brillanten, Uhren, Zahngebisse, Doublee kauft **luxussteuerfrei**
Fleischerstraße 3, parterre.
Kein Laden. **Willi Müller.** Kein Laden. 3296

Volkspark.

Morgen, Freitag:
Gr. Doppelkonzert
Anfang 8 Uhr. 3315

Stadt-Theater 3325
Freitag, abends 7½ Uhr: **Eine Nacht in Venedig**
Sonnabend, abends 6½ Uhr: **Götterdämmerung**

Thalia-Theater.
3326 Sonntag, abends 7½ Uhr: **Mädel von heute.**
Das Optimporale. Lustspiel v. Sturm u. Färber.

Arb.-Schützenbund „Deutschland"
4. Bezirk.

Sonntag, den 8. Juli 1923, in Delitzsch, im „Lindenhof":

2. Bezirksfest.

Von vormittags 10 Uhr an: **Preis-, Ehren-Scheiben- und Meisterschafts-Schießen.**
Von nachmitt. 1 Uhr an: Nummerverlosung.
Von nachmittags 3 Uhr an: **Ball.**
Es ladet frdl. ein **Der Festausschuß.**
3306

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen, Unterjacken,

Herrensocken, Damenstrümpfe, Westengürtel, Hosenträger, Socenhalter, Krawatten, Taschentücher.
Dauerwäsche-Vertrieb,
Kleiner Berlin 2.
3318

Restaurant Dorotheenhof
Zörbig.
Bringe den werten Parteigenossen meine **Lokalitäten** in empfehlende Erinnerung.
— Schöner schattiger Garten. —
*366 **Paul Reibert.**

Achtung, 3 Ausnahmetage!
An die Stadt- u. Landbewohner!
Eröffne Freitag, den 6. Juli 1923, ein
Domplatz 7
Rohproduktengeschäft.
Zahle für Lumpen und Felle die höchsten Tagespreise.
O. Putzer, Domplatz 7.
Der Weg lohnt sich! 3314

Reparaturen
werd. billigst ausgeführt.
Gottfr. Schraut,
Uhrmacher, 3324
Schmeerstraße 4.

Kleiderschränke
hell und dunkel gestrichen, mit u. ohne Wäscheeinrichtung, **Waschkommoden** mit Spiegel, **Nachtschränkchen, Bettstellen,** mit und ohne Matratzen, kompl. **Küchen** in Grau, Weiß u. Gelb verkauft noch preiswert 3328
Max Jungblut
Albrechtstr. 37.

Von **heute** ab steht ein Transport **prima hannov. Läufer- u. Futterschweine** preiswert zum Verkauf. 3312
H. Richter, Trothaer Str. 80
Telephon 3752.

Zur gefl. Beachtung!
Meine Geschäftsräume befinden sich jetzt **nur**
Kl. Brauhausstr. (Passage)
Adolf Beer
Halle an der Saale.
Fernruf 2276. 3322

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz Am Riebeckplatz

Ab morgen, Freitag,
warten wir wiederum mit ganz großen Ueberraschungen auf!

Hella Moja

die anmutige und liebreizende Frauenschönheit in dem luxuriösen Liebesdrama

Das schöne Mädel

6 Akte Nach dem Roman von **Georg Hirschfeld.** 6 Akte

Die Alpen zwischen Königssee und Kaisergebirge, die schimmernden Berge von Berchtesgaden bilden den majestätischen Hintergrund zu diesem unvergleichlich schönen

Hochlands-Drama.

Künstler von Weltruf, wie
Rud. Klein-Rohden, Ludwig Hartau
Margit Barnay, Ilka Grüning u. a. m.
geben ihr Bestes und machen diesen Film
zu einem Kunstwerk 1. Ranges!
Die berühmten Solotänzerinnen aus dem weltbekannten
Ballett Charell
verleihen diesem Werk ein ganz besonderes Gepräge.

Bühne Künstlerische Leitung: **Dir. Willi Schur** **Bühne**

Wohnung zu vermieten

Schwank von A. Laufs. Spielleitung: Dir. Willi Schur.

Darsteller:
Dir. W. Schur - - H. Süßenguth
R. Erlecke - - - Lisa Kahleuberg
Else Reindel - - - Trude Reindel

Bühnenbild: Original-Entwürfe von Kunstmaler **Moritz Zeschmar.**
Beleuchtungseffekte: **Robert Schmidt.**

Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Licht-Spiele

Gr. Ulrichstr. 51 Gr. Ulrichstr. 51

Ab morgen, Freitag:

Harry Piel!!

der König der Sensationen, in seinem neuesten Abenteuer-Werk:

Der letzte Kampf!

Größter Sensations- und Abenteuer-Film der Gegenwart.
Harry Piels phänomenale Leistungen bilden augenblicklich das Tagesgespräch Berlins.

Hierzu:
„Er", Harald Lloyd, der Welt bester Komiker, in seinem Schlager-Lustspiel:

Er im Sanatorium.
Vom Tollen das Tollste. 3317

Anfang: Wochentags 4, Sonntags 3 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0004

Halle und Saaltreis

Halle, den 5. Juli 1923.

An alle Ortsgruppen des Bezirks Halle-Merseburg!

Gestern ist der Fragebogen über die Werbewoche an alle Ortsgruppen zum Versand gekommen. Wir ersuchen um baldige, genaue Ausfüllung der darin enthaltenen Fragen und Rücksendung der Fragebogen an die Bezirksleitung bis 10. d. M. Auch diejenigen Ortsgruppen, welche bereits einen schriftlichen Bericht an uns eingesandt haben, müssen diesen Fragebogen einsenden.

Gleichzeitig verweisen wir nochmals auf den organisatorischen Fragebogen und bitten Euch, diesen zugleich mit den Fragebogen über die Werbewoche einzuschicken.

Bezirksleitung der KPD.
W. Sachse.

An die „Klassenkampf"-Leser!

Um unseren Trägerinnen die Einkassierung der Abonnementsgelder wie die Abrechnung an den Verlag zu erleichtern, weisen wir erneut darauf hin, daß der Betrag am Monatsbeginn zu zahlen ist. Nur in Fällen, wo die Bezahlung auf einmal zu schwer fällt, tritt eine zweimalige in Kraft und ist dann die erste Rate in den ersten Tagen, die zweite gleich nach dem 15. des laufenden Monats fällig.

*

An unsere Postbezieher!

Wir erhalten jetzt oft Beschwerden von unseren Postbeziehern darüber zugesandt, daß der „Klassenkampf" nicht eintrifft, obgleich die Bestellung bei der Post erfolgt sei. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß die Bezieher zu allererst die Beschwerde bei ihrer Postanstalt, wo die Bestellung erfolgt ist, anbringen müssen. Erst dann, wenn die Beschwerde erfolglos bleibt, ist der Verlag hiervon in Kenntnis zu setzen. In den Orten aber, wo mehrere „Klassenkampf"-Exemplare an eine Adresse durch die Post übermittelt werden, ist darauf zu achten, daß bei hinzutretenden neuen Lesern in der Mitte des Monats die Mehrbestellung an den Verlag zuerst zu ergehen hat, damit wir der Post Mitteilung geben können, daß von dem und dem Tage an nach diesem Ort so und soviel „Klassenkampf"-Exemplare geliefert werden müssen. Wenn das Vorstehende in beiden Fällen beachtet wird, sind wir gewiß, daß die Beschwerden unserer Postbezieher nachlassen werden.

Verlag Klassenkampf.

Ein Nachwort zum Plättner-Prozeß

F. M. Worauf kam es in diesem Prozeß an? Einzig und allein in der Hervorkehrung des politischen Charakters dieses Prozesses. Nicht auf die kleinen Sentimentalitäten, die die bürgerliche Skandalpresse bei solchen Prozessen wie überhaupt bei allen stattfindenden Gerichtsverhandlungen gern herausstreicht. Denn es gehört zum Tagesbedürfnis bürgerlicher Berichterstattung, „Intimes" dem großen Publikum vorzusetzen. Für uns jedoch galt es, eine wichtigere Frage aufzurollen: Ist das Unternehmen der illegalen Plättnergruppe als Hochverrat anzusehen oder nicht? Zweifellos war dies der Fall. Dann aber stand auch für die gesamte Gruppe Plättner — und sie schließt in sich revolutionäre Proletarier — mehr auf dem Spiele. Das wird sich jedoch erst nach Urteilsfällung auswirken. Als Hochverräter genießen später die Angeklagten eine ganz andere Bewertung wie als „gemeine Verbrecher". Darum mußten wir auch diese Proletarier schützen und sie im Kampf gegen die Klassengerichte unterstützen.

Was hat uns nun der Plättnerprozeß gelehrt? Die Folge der Märzaktion war, daß Hunderte der brausten Genossen gehetzt und verfolgt illegal leben mußten. Diese Illegalität hatte bei vielen tüchtigen Kämpfern eine majnsche Erbitterung zur Folge, und zwar nicht allein gegen den Klassenfeind, sondern auch gegen die Instanzen der legalen Parteiorganisation, ja sogar gegen die große Masse der Proletarier, die nach ihrer Meinung in den Dornröschenschlaf verfallen war. Das Wüten der Konterrevolution, das sich naturgemäß bei einem Teile im Klassenbewußtsein nicht kernfester Arbeiter in ein gewisses Angstgefühl vor der eignen Courage auswirken mußte, gab den tollkühnen Revolutionären von der Art Karl Plättners Veranlassung, um sich eine Schar tapfere Proleten zu sammeln, die durch individuelle Terrorakte die „schlafende" Masse wecken wollte.

Abgesehen von der Ehrlichkeit und der Ueberzeugung haben wir als Partei diese „Propaganda der Tat" abgelehnt, weil wir darin nicht das geeignete Mittel sehen, die Masse für einen revolutionären Massenkampf zu mobilisieren. Vor allem lag in dem Beginnen Plättners eine ungeheure Gefahr darin, daß die Grenze zwischen Idealismus und Egoismus nur allzu leicht verwischt werden kann. Das lehrte uns deutlich der Prozeß. Plättner, ein Mann mit stark ausgeprägter Willenskraft, konnte die Gruppe „im Schach" halten, weil alte, erfahrene, durch die Schule der Arbeiterbewegung gegangene Proletarier ihr angehörten. Plättner selbst hat aber auch bittere Erfahrungen mit einzelnen Gruppenmitgliedern machen müssen, die eben den Idealismus zum Egoismus werden ließen. Alle Angehörigen befanden sich zweifellos in einer traurigen Lage. Getrennt von der Familie, unstet und flüchtig, jeden Tag auf die Verhaftung gefaßt, hätte allzu leicht dazu führen können, daß die Expropriationen nicht mehr für revolutionäre Zwecke, sondern für persönliche Zwecke ausgeführt wurden. Daß die Angeklagten auch nicht einen Schritt weitergegangen sind, als wie sie ehrliche Revolutionäre gehen durften, lag zum Teil an ihrem ausgeprägten Haß gegen die sie verfolgenden Feinde und zum anderen Teil an ihrem proletarischen Pflichtgefühl. Das ist jedoch nicht bei allen Arbeitern so ausgeprägt!

Die Voruntersuchung dietet den besten Beweis dafür, daß das Beginnen Plättners große Gefahren in sich barg. Mehrere der Angeklagten haben nebenbei aus sich herausholen lassen, daß wirtschaftliche Not die Triebfeder ihres Handelns gewesen sei. Wir verstehen dies wohl zu bewerten, aber der bürgerliche Klassenrichter findet sofort Anlaß, daraus gemeine Verbrechen zu statuieren.

„Der von Plättner propagierte Bandenkrieg konnte nicht zum revolutionären Klassenkampf führen." Trotzdem haben wir die Gruppe in ihrem Kampfe gegen das Klassengericht unterstützt, und alles daran gesetzt, daß sie nicht als gemeine Verbrecher abgeurteilt werden. Alle Angeklagten haben vor dem Gericht ihren Mann gestanden. Man darf sagen, daß sie ihren Klassengenossen einen gewissen Respekt einflößten. Nun gilt es, diese Tapferen zurückzugewinnen für den proletarischen Klassenkampf.

Erwähnt sei noch zu den Ausführungen Plättners über die KAPD., daß wir diese vor einem bürgerlichen Gericht für überflüssig erachten. Was hatte die Feststellung Plättners, daß die KAPD. korrumpiert und verlottert ist, daß sie Gelder, die für revolutionäre Zwecke expropriiert waren, für eigene Parteizwecke verbrauchte, mit dem Prozeß an sich zu tun? Wohl mag es für den lauteren Charakter Plättners von Belang gewesen sein, aber einen Einfluß auf den Gang der Verhandlung haben diese Ausführungen nicht ausgeübt. Es ist verständlich, wenn ein Revolutionär, der 1½ Jahr im Kerker sitzt und auf den Tag der Aburteilung wartet, dann seinem Herzen Luft macht und dabei auch die Bitterniße, die er als Parteigenosse der KAPD. durchkosten mußte, von sich stößt. Das Urteil, was Plättner über die KAPD. fällte, war vernichtend. Und Plättner muß ja seine Pappenheimer kennen. Das beweist aber nur die Richtigkeit unserer Auffassung über revolutionäre Taktik und Massenkämpfe.

Die Sozialversicherung in Gefahr

I.

Neue schwere Lasten für Arbeiter und Angestellte

H. M. Der Reichstag wird in den nächsten Tagen ein Aenderungsgesetz für die Angestellten- und Invalidenversicherung verabschieden, das für die Werktätigen von einschneidender Bedeutung ist. Die Besprechungen im Sozialen Ausschuß des Reichstags mit den Vertretern der Reichsversicherungsanstalt und der Landesversicherungsanstalten über den gegenwärtigen Stand der Versicherungen ergaben ein erschreckendes Bild. Die Marktatastrophe hat auch hier verheerend gewirkt, die Grundlagen der Versicherungen vollständig erschüttert. Die meisten Versicherungsanstalten stehen vor einem völligen finanziellen Bankrott, die Folgen für die Versicherten sind unübersehbar. Die furchtbarste Erscheinung dieses Bankrotts ist der Zusammenbruch der Heilfürsorge. Die Größe der Gefahr mißt sich an dem gegenwärtigen Niedergang der Volksgesundheit, der starken Verbreitung der Tuberkulose, des Storbuts, der Lungenentzündung, Herz- und Nervenkrankheiten. Die Hauptaufgabe der Versicherungsanstalten, durch energische Vorbeugungsmaßnahmen in der Heilfürsorge Leben und Gesundheit der Versicherten zu schützen, ist durch den finanziellen Bankrott zuschanden geworden.

Der Vertreter der Versicherungsanstalt Rheinland teilte mit, daß vor dem Krieg die Anstalt durchschnittlich und laufend 14 000 Heilverfahren tätigte. Im Jahre 1922 war sie gezwungen, die Zahl der Heilverfahren auf 8000 bis 9000 zu beschränken. Im Laufe dieses Jahres mußte die Zahl weiter ganz erheblich eingeschränkt werden, gegenwärtig ist sie überhaupt nicht mehr in der Lage ein Heilverfahren bewilligen zu können. Die Anstalt habe ein ungedecktes Defizit von 5 bis 10 Milliarden. Ein Heilverfahren von 90 Tagen kostete im Frieden 350 Mk., heute zirka 2½ Millionen Mark. Diese Anstalt mußte die Geschlechtskrankenfürsorge sogar völlig eingehen lassen, ferner die Leistungen für Zahnkranke an Ersatzkassen fortfallen lassen. Das bestehende Gemeinschaftsverhältnis für Rheinland in der Wohlfahrtspflege für Frauenfürsorge, Kinderpflege usw. könne ebenfalls nicht mehr aufrechterhalten werden, alles breche zusammen.

Dieses furchtbare Bild der kapitalistischen Bankrottwirtschaft spiegelt mehr oder weniger die Verhältnisse bei allen übrigen Versicherungsanstalten. Ein zweites Kapitel des finanziellen Zusammenbruchs sind die als sogenannte Renten an die Invaliden- und Altersrentner gezahlten Bettelpfennige. Die Opfer der kapitalistischen Ausbeutung, die jahrzehntelang ihre Beiträge in Goldmark geleistet haben, erhalten gegenwärtig eine monatliche Durchschnittsrente von 780 Mk. (!) Notstandsunterstützungen, aus den Mitteln des Reiches und der Gemeinden aufgebracht, erhalten nur solche Leute, bei denen die Bedürftigkeit, unter Berücksichtigung der Unterstützungspflicht der Kinder, festgestellt worden ist. Dieses Schicksal, um ihre durch jahrzehntelange Beitragsleistung erworbenen Rechte betrogen zu werden, trifft nicht nur die Altrentner, sondern auch die gegenwärtig noch versicherten Arbeiter und Angestellten. Auch sie haben keinerlei Garantie für die durch hohe Beiträge erstrebten Unterstützungen.

Die Versicherungen sind also infolge ihres Bankrotts nicht mehr in der Lage, für die Gegenwart, noch viel weniger für die Zukunft, reale Leistungen für die Versicherten in der Heilfürsorge und Renten zu gewähren.

Die Ursache des Zusammenbruchs der Sozialversicherungen mit allen seinen furchtbaren Begleiterscheinungen für die Werktätigen ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Und wie die kapitalistische Regierung und die bürgerlichen Parteien in allen anderen wirtschaftlichen und sozialen Fragen keinen Ausweg aus dem Chaos finden können, so auch nicht in der Frage der Sozialversicherung.

Das Aenderungsgesetz bringt keinerlei Reform der Sozialversicherung. Die bisherige Zerrissenheit und die Unzulänglichkeiten bleiben bestehen. Durch das völlig unzulängliche Flickwerk in Verbindung mit dem rapiden Marksturz, wird die Gefahr für die Versicherungen immer verhängnisvoller. Der einzige Ausweg, den man gefunden hat, ist eine weitere schwere Belastung der Arbeiter und Angestellten durch eine starke Erhöhung der Beiträge. In dem Aenderungsgesetz sind für die Angestellten- und Invalidenversicherung 23 Gehaltsklassen bzw. Lohnklassen vorgesehen, demzufolge natürlich auch 23 Beitragsklassen. Die Lohn- und Gehaltsklassen von 13 bis 23, die bei den gegenwärtigen Tariflöhnen und -gehältern im wesentlichen für die Beitragsleistungen in Frage kommen, erfassen die Arbeiter und Angestellten mit einem monatlichen Einkommen von 180 000 bis 2 970 000 Mk. Die monatlichen Einkommengrenzen für die Einteilung in die Lohn- und Gehaltsklassen sind für die Invaliden- und Angestelltenversicherung gleich hoch. Die Beiträge werden jedoch für die Angestelltenversicherung monatlich und für die Invalidenversicherung wöchentlich berechnet. Die Einkommen- und die Beitragsleistungen in den genannten Klassen wären folgende:

Lohn- und Gehaltsklasse	Monatseinkommen		Monatsbeitrag für Angestelltenversicherung	Wochenbeitrag für Invalidenversicherung
13		180 000 Mk.	5 000 Mk.	800 Mk.
14	über	180 000 „	10 000 „	1 400 „
15	„	360 000 „	17 000 „	2 000 „
16	„	540 000 „	24 000 „	2 800 „
17	„	720 000 „	32 000 „	3 600 „
18	„	990 000 „	42 000 „	4 800 „
19	„	1 260 000 „	54 000 „	6 000 „
20	„	1 620 000 „	68 000 „	7 600 „
21	„	1 980 000 „	82 000 „	9 200 „
22	„	2 430 000 „	100 000 „	11 000 „
23	„	2 970 000 „	124 000 „	14 000 „

Es muß in Betracht gezogen werden, daß auch die Grundlöhne für die Berechnung der Krankenkassenbeiträge erneut bis zu dem vollen Arbeitsverdienst erhöht werden. Demgemäß wird in nächster Zeit ein Krankenkassenbeitrag in Höhe bis zu 10 Prozent des wirklichen Arbeitsverdienstes erhoben. Wenn auch der Unternehmer ein Drittel des Krankengeldes und die Hälfte des Beitrages für die Invaliden- und Angestelltenversicherung zahlen muß, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die gesamten Abzüge an Steuern, die hohen Beiträge für Krankenkasse, Invalidenversicherung bzw. Angestelltenversicherung eine ungeheuerliche Belastung der Arbeiter und Angestellten bedeuten. Hinzu kommt noch eine weitere schwere Belastung der Arbeiter und Angestellten durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Auch hier sollen die Arbeiter und Angestellten durch Abzüge von ihrem Lohn und Gehalt das Risiko der kapitalistischen Wirtschaft tragen. Alle diese aufgeführten Abzüge unter Hinzurechnung der Beiträge für die Berufsorganisationen stellen einen beträchtlichen Teil des ohnehin schon völlig unzureichenden Einkommens der Arbeiter und Angestellten dar. Diese gewaltigen Abzüge sind aber auch eine Irreführung der gesamten Oeffentlichkeit über die wirklichen Löhne der Arbeiter und Angestellten. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf aufmerksam gemacht, daß es Pflicht der Gewerkschaften ist, bei dem Kampf um die Feststellung der Grundlage für den Aufbau der wertbeständigen Löhne und Gehälter diese gewaltigen Abzüge in Rechnung zu stellen.

Aus der Tätigkeit des Kontrollausschusses

Den dauernd einlaufenden Klagen über die unerhörten Preisforderungen für Alltagsstoffe in einem Textilgeschäft der Großen Ulrichstraße ging der Kontrollausschuß nach, um sich über die Richtigkeit der gemachten Angaben zu überzeugen. Dabei stellte ein Mitglied des Kontrollausschusses fest, daß in dem Textilgeschäft Große Ulrichstraße, Inh. Kallmeyer, für Mantelstoff der Preis von 520000 Mark für das Meter gefordert wurde. Auf die erstaunte Frage nach dem Grund der enormen Preishöhe wurde ganz patzig geantwortet: **„Lassen Sie ruhig liegen. Uns liegt gar nichts daran, an Arbeiter und kleine Leute zu verkaufen. Rittergutsbesitzer zahlen mir jeden Preis dafür. Ich danke es Ihnen nicht, wenn Sie mir etwas abnehmen."**

Ein Eingeweihter ist gar nicht erstaunt über diese protzige Antwort. Sie ist lediglich das Geständnis des „großen Geschäftsgeheimnisses", das alle Schieber und Wucherer heute in ihrem Herzen tragen. Agrarier, die durch die Ausplünderung der Stadtproletarier zum Milliardär wurden, genießen eben den Vorzug überall. Die große breite Masse kann diesem Treiben nur ein Ende bereiten, wenn sie geschlossen den Kontrollausschuß in seinen Maßnahmen unterstützt.

*

Weiter wurde uns mitgeteilt, daß der Kartoffelhändler Müller in der Glauchaer Straße 55 in ganz ungehöriger Weise Kartoffeln zurückhält. Mehrere Arbeiterfrauen wurden mit der Erklärung: „Die Kartoffeln sind an das Krankenhaus verkauft" abgewiesen. Obwohl in der nächsten Minute schon „bessere Herrschaften" für ihren Haushalt Kartoffeln abholen ließen, wagte dieser Mann noch immer jene Ausrede zu gebrauchen.

*

In einer Filiale von Most kaufte ein kleiner Beamter am Montagvormittag ein Päckchen: Preis 9000 Mk. Derselbe Mann wollte am Dienstagvormittag noch ein solches Päckchen kaufen. Zu seinem Erstaunen mußte er erfahren, daß dies **jetzt 11 500 Mk. kosten sollte.** Von „Neueingängen" war keine Rede. Ob das Gehalt der Verkäuferinnen oder der Arbeiterinnen bei Most auch in diesen 24 Stunden um etwa 25 Prozent gestiegen ist? Weiter fanden wir in einem Paket Kakao einen Zettel, der zu einer Verpackung gehörte, die von Weihnachten 1922 fertiggestellt worden sind. Auf diesem Zettel ist der Most-Kakao noch mit 1200 Mark das Pfund angegeben. Und heute wird dieser Kakao, der 1922 schon verkaufsfertig da lag, für 20 000 Mark an das Publikum abgegeben.

*

Am Freitag, dem 6. Juli, abends 7½ Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" (kleines Zimmer) eine Sitzung statt. Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Zentral-Verband der Schuhmacher

Am Dienstag, dem 3. Juli, tagten in Magdeburg die beiderseitigen Kommissionen der Schoßschuhmacher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Provinz Sachsen zwecks Regelung der Löhne für die erste Julihälfte. In der zum Teil recht schwierigen Lohnverhandlung wurden folgende Stundenlöhne, gültig bis 13. Juli, vereinbart: ab 29. Juni bis 6. Juli für die erste Klasse 5000 Mark, für die zweite Klasse 4500 Mark; ab 7. Juli bis 13. Juli für die erste Klasse 6800 Mark, für die zweite Klasse 6120 Mark. Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, für restlose Auszahlung der den heutigen Verhältnissen noch längst nicht angepaßten Löhne Sorge zu tragen. Die nächste Lohnverhandlung ist auf den 11. Juli festgesetzt.

Die Ortsverwaltung.

* **Heute abend allgemeine Distriktsversammlungen.** Die äußerst wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. Die Distrikte 7, 9a und 13a tagen morgen, Freitag, in den bekannten Lokalen.

* **Eine Reichskonferenz für Kindergruppen und deren Leiter** findet wieder, wie im vorigen Jahre, statt. Sie beginnt am 21. Juli in Gotha. Zu diesem Zweck sind wieder Sammellisten an die Kinder herausgegeben worden. Gäste können diesmal nicht mitgenommen werden.

* **Aus dem Bureau des Metallarbeiterverbandes** wird uns geschrieben: Der Streik bei Gebrüder Jänicke, Hammerwerke in Wilschdorf, ist beendigt und die Kollegen haben heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Die Anerkennung der Organisation sowie der Rechte des Betriebsrates sind durch den Streik erfolgt. Die noch vorhandenen Differenzen werden in freier Vereinbarung erledigt. Maßregelungen haben nicht stattgefunden.

* **Für den Kampffonds der Betriebsräte und Kontrollausschüsse** wurden gesammelt: auf den Baustellen Kronprinzenstraße 17 050 Mark und Berliner Straße 13 692 Mk., durch den Kollegen Ilgenstein 62 240 Mk.; zusammen 92 982 Mk. Arbeiter, sammelt eifrig, damit Eure Kampforgane auch den Kampf führen können. — Von der Belegschaft der Firma Natrop & Eberhardt, Hohenthurm, wurden für die Prozeßkosten des Kontrollausschusses 151 250 Mark gesammelt.

* **Tätigkeit der Feuerwehr im Juni.** Im Monat Juni wurde die Hilfe der Feuerwehr 220mal in Anspruch genommen. Von den 220 Alarmen erfolgten einer zu Großfeuer, 12 zu Kleinfeuern, einer wegen Schornsteinbrand, 3 zu Hilfeleistungen bei Beseitigung von Verkehrshindernissen, 201 zur Beförderung Verunglückter oder Erkrankter und 3 aus anderen Gründen.

* **Gefunden.** Eine Karte zum Abholen der Rente bei der Post ist gefunden worden. Abzuholen im Verlag Klassenkampf, Lerchenfeldstraße.

* **Selbstmordversuch.** Am 2. Juli wurde in einer Wohnung auf dem Bahnhof ein Dienstmädchen nach Aufstrechen der Tür besinnungslos aufgefunden. Das Mädchen hatte aus Lebensüberdruß versucht, sich mit Gas zu vergiften. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Die Lebensmüde wurde der Klinik zugeführt.

* **Wasserdiebstahl.** In der Nacht zum Mittwoch und aus einer an der Gerberzeile belegenen Fellhandlung durch Einbruch etwa 60 Pfund Kalmwelle im Gesamtwert von etwa 3 Millionen Mark gestohlen worden. — Aus einem Garten sind in der Nacht zum Dienstag einem als Wasserspeier auf einem Springbrunnen aufmontierten Reiher aus Zinkguß beide Flügel abgeschlagen worden.

Theater und Konzerte

Volkspark. Morgen findet im Volkspark ein großes Doppelkonzert statt. Die Gladbacherner Arbeiter-Liederchorsänger sowie der Trabber Gesangverein und das Steuer-Orchester wirken dabei mit. Der Eintrittspreis beträgt 1000 Mark und für Konzertkarteninhaber die Hälfte des Eintrittspreises. Es ist ein gutes Programm ausgearbeitet. Jeder Konzertfreund soll sich bei diesem geringen Eintrittsgeld nicht scheuen, dieses Konzert zu besuchen.

Diaun. Eine öffentliche Versammlung findet am Freitag, dem 6. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof „Diauer Heide" statt. Thema: Rüstungen der Reaktion und die Stellung der Arbeiterschaft. Referent: Genosse Sabottige (Halle). Die verschärfte Situation des Bürgerkrieges erfordert vollzähliges Erscheinen aller Männer und Frauen des arbeitenden Volkes.

Arbeiter-Sport

Sportklub Adler von 1895. Freitag, den 6. Juli, Neueinteilung der Vereinsmannschaften, ebenfalls der Jugendabteilung durch die Jugendleiter. Nachdem Versammlung im Vereinslokal, wozu alle Mitglieder erscheinen müssen.

Kolonia 1.—Fichte 1. Am Sonntag, dem 8. Juli, bietet Kolonie 1.—Fichte 1. auf dem Fichte-Platz, ¼4 Uhr. — Am Freitag, dem 6. Juli, bietet um 5.47 Uhr auf der Delitzsch-Krollwitz 1.—Kolonia 1. Bei der Gleichwertigkeit beider Mannschaften ist ein gutes Spiel gewährleistet.

Verantwortlich: Konrad Finkeimeier für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Ein sonderbares Verbot zum Gewerkschaftsfest

Weißenfels, 4. Juli.

Der Ortsausschuß des ADGB. Weißenfels veranstaltet am Sonntag, dem 8. Juli, wie alljährlich, ein Gewerkschaftsfest. Nun hat gerade jetzt der sozialdemokratische Regierungspräsident, Herr Bergemann, „im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten, und zwar in Hinsicht auf die in letzter Zeit erfolgten Zusammenstöße (Eisleben usw.) Dies Verbot kam unserer Polizeiverwaltung recht gelegen. Sie sandte folgendes Dokument an das Gewerkschaftskartell:

Polizeiverwaltung der Stadt Weißenfels.

Tgb. Nr. . . . Weißenfels, 3. Juli 1923.

Laut Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 1. Juli 1923 — Ic 4493/23 — sind im Hinblick auf die Zusammenstöße zwischen Mitgliedern des „Sahlhelms" und linksstehenden Organisationen in Eisleben und Eilenburg bis auf weiteres im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sämtliche Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu verbieten.

Auf Grund vorstehender Anordnung ziehen wir die Ihnen unterm 30. d. M. mündlich erteilte Umzugsgenehmigung hiermit zurück.

Dehn, Oberbürgermeister.

Konnte das Verbot des Herrn Regierungspräsidenten nicht ein paar Tage früher kommen, so, daß z. B. der Aufmarsch der staatsfeindlichen Jäger in Naumburg verhindert wurde? Diese Verordnung, die als Ursache die dauernde Provokationen und antirepublikanischen Veranstaltungen der Stahlhelmleute, sowie des ganzen faszistischen Gesindels hat, richtet sich praktisch wiederum nur gegen die Arbeiterschaft.

Bei einer Gewerkschaftsveranstaltung ist die beste Gewähr für die öffentliche Sicherheit gegeben. Die Arbeiterschaft in den Gewerkschaften ist so diszipliniert, daß nur bewußte Unterdrücker der Arbeiterschaft und Stützen der Reaktion einen Gewerkschaftsfestumzug verbieten können.

Das Verbot des Umzuges muß aufgehoben werden!

Wir kennen die hiesige Arbeiterschaft und können dafür dem Herrn Regierungspräsidenten und dem Herrn Oberbürgermeister von Weißenfels mitteilen, daß das Fest der Weißenfelser Arbeiter stattfinden wird, entweder mit oder auch ohne Genehmigung. Wenn die Weißenfelser Arbeiterschaft sich diese Provokation gefallen lassen wird, werden ihr bald neue folgen. Nach wie vor heißt die Parole der hiesigen Arbeiterschaft:

Heraus zum Gewerkschaftsfest am Sonntag, dem 8. Juli,

damit das Fest zu einer **wuchtigen Demonstration** der Weißenfelser Arbeiter gegen diese, der Republik feindliche Verordnung des Regierungspräsidenten und gegen alle Feinde der Arbeiterklasse wird.

Bezahlte Jäger überfallen Jugendliche

Der konterrevolutionäre Jägerrummel am Sonntag in Naumburg hat den von uns vermuteten Verlauf genommen. Speck und Erbsen, geschenkte Fahnen und Girlanden, zurückerstattete Unkosten usw., haben nicht verhindern können, daß mancher proletarische Jäger den wahren Charakter dieser „Wiedersehensfeier" erkannt hat und mit dem festen Vorsatz, sich nie wieder zu antirepublikanischen Veranstaltungen gebrauchen zu lassen, nach Hause gefahren ist. Tagsüber zogen andauernd Jägertrupps durch die Straßen der Stadt und versuchten die Arbeiter zu provozieren. Ein Schwerkriegsbeschädigter, der eine ganz nebensächliche Bemerkung machte, mußte den bekannten Stahlhelmknüppel zu spüren bekommen. Ebenso erging es einem anderen Kriegsbeschädigten an der Vogelwiese. Doch alles Provozieren half nichts, und so mußten unsere Jugendgenossen herhalten. Als am Sonntag, 11 Uhr nachts, das bekannte Rollkommando einen Festteilnehmer unter ungeheuren Stockschlägen aus dem Festlokal bugsierte, kamen gerade unsere Jugendgenossen vorbei. Da rief der bekannte Lehrer Weiße, Wiesenstraße: „Hier sind die Kommunisten!" Gleich gab der Zigarrenhändler Eickmann, Herrenstraße, einen Wink, über die Jugendlichen herzufallen. Es war geradezu empörend, wie diese jungen Menschen geschlagen wurden. 8 Mann stürzten sich auf einen Jugendlichen. Nicht nur mit Stöcken, sondern auch mit dem Seitengewehr wurde geschlagen. Einem Jugendlichen wurde durch einen Seitengewehrstich der ganze Anzug zerrissen. Als auf dem Bahnhof die Spielabteilung der Berliner Jugendgenossen die Internationale sangen, ertönte sofort „Deutschland über alles." Auch wurden die Berliner sofort angegriffen. Durch Eingreifen eines Sipobeamten wurde weiteres Unheil verhütet. Ein Angegriffener wurde obendrein noch verhaftet. Ein ehrlich denkender Bahnbeamter erklärte dem Sipo, daß er den Falschen ergriffen habe. Der Stahlhelmrüpel müsse verhaftet werden. Das half alles nichts; man nahm den Arbeiter fest. Ein gebildeter und vornehmer Mann, der Ober-Stahlhelmrich Dr. Karlewitz, drückte seine Befriedigung über die Taten der Knüppelgarde aus.

Die hiesige Arbeiterschaft hat die nationalen Horden und deren Taten in nächster Nähe gesehen. Sie wird nun überzeugt sein, daß unbedingt zur Gegenwehr geschritten werden muß. Daher geht an die gesamte Arbeiterschaft die erste Mahnung: Schaft besonders in Naumburg den proletarischen Selbstschutz!

Die Belegschaft der Krughütte für den proletarischen Selbstschutz

Die am 2. Juli auf dem Werke stattgefundene Belegschaftsversammlung beschäftigte sich unter anderem auch mit den Vorgängen des letzten Gewerkschaftsfestes. Eingehend wurde diese Angelegenheit behandelt. Die rege Aussprache zeigte, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, sich von den faszistischen Organisationen (Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo) niederknüppeln zu lassen. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Immer deutlicher offenbart die Reaktion bestehend aus den faszistischen Formationen (Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo), die Absicht, die klassenbewußte Arbeiterschaft niederzuschlagen. Dies muß verhindert werden. Die heutige Belegschaftsversammlung der Krughütte begrüßt den Schritt der Betriebsräte der Mansfeld A.-G. und verspricht, ihr Ganzes einzusetzen gegen das Faszistentum. Die Versammelten erblicken in den Betriebswehrformationen, gebildet aus den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die notwendigen Maßnahmen gegen das Faszistentum und für den Schutz der Betriebe."

Weiter soll auf Drängen der Arbeiter am kommenden Freitag eine Buchkontrolle auf dem Werke stattfinden. Deshalb werden die Kollegen aufgefordert, ihre Verbandsbücher in Ordnung zu bringen und sich restlos an der Buchkontrolle zu beteiligen. Kollegen, der erste Schritt zur Einheitsfront ist getan, weiter vorwärts geschritten! Im Anfang war die Tat!

„Kameraden der Arbeiterkreise"

Mit allen Mitteln versucht der Stahlhelm, der Bund der „Frontsoldaten", seine Niederlage in Eisleben zu vertuschen. Zu diesem Zweck gibt die Wittenberger Ortsgruppe ein Flugblatt heraus, das mit „Stahlhelmtag in Eisleben" überschrieben ist. Hier wird zunächst der Bericht des „Klassenkampf" über Eisleben abgedruckt und dann läßt man das Geseire der hallischen Zeitungen, das von allen Provinzblättchen abgedruckt wurde, folgen. „Wie berichtet nun ein Augenzeuge wahrheitsgemäß", überschreibt man diese Visionen eines „Augenzeugen", der an diesem Sonntag Eisleben überhaupt nicht zu Gesicht bekam. Festgestellt wird aber, daß „Herr Urban vom „Klassenkampf", mit dem wir uns leider später noch etwas näher zu beschäftigen haben werden", in Eisleben war. Wer war nun Augenzeuge? Wer kann auf Grund der genauen Kenntnis der Vorgänge, die Wahrheit über die Eisleber Vorgänge berichten? Nur die Redakteure des „Klassenkampf", **die zur Berichterstattung in Eisleben weilten!**

Größere Verlogenheit, größere Frechheit wie die „Feststellungen" des Stahlhelm, kann es wohl kaum geben. Wer bezahlt denn eigentlich diese Flugblätter? „Die Unkosten werden den bedürftigen Teilnehmern ersetzt," heißt es fast in jeder Einladung zu einer Stahlhelmveranstaltung. Das profitgierige Unternehmertum unterstützt die Stahlhelm„bewegung", um so die gesamte Arbeiterschaft uneinig zu machen. Kopf- und Handarbeiter sollen sich gegenseitig bekämpfen. Die Milliarden, die die Stinnes u. Ko. den Stahlhelmern schenken, pressen sie mit Leichtigkeit aus den uneinigen Arbeitssklaven wieder heraus. Eine Gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, wie sie im Stahlhelm bei Erbsen und Speck geübt wird, schlägt immer zum Nachteil der Arbeitnehmerschaft aus. Wenn das Unternehmertum seine „Kameraden" nicht mehr zur Verteidigung seiner Interessen braucht, dann werden dieselben verraten und verkauft. Das sollte sich jeder „Stahlhelmkamerad aus den Arbeiterkreisen" genau überlegen. Im Stahlhelm ist er nur ein blöder Esel, der den Karren seines Todfeindes, des Unternehmers, zieht.

Die Berichte über Eisleben stammen auch von diesen Unternehmerkreisen, bis auf die, in den Arbeiterblättern. Die Arbeiterzeitungen haben kein Interesse daran, ihre Leser, die Arbeiter, zu betrügen. Wäre der Klassenkampfbericht über die Eisleber Vorgänge Schwindel, dann hätten die Arbeiter, die die Eisleber Vorgänge selbst mit erlebt haben, den „Klassenkampf" abbestellt. Statt dessen sind mehrere Tausend neue Klassenkampfleser in Eisleben und Umgebung gewonnen. Das ist der deutlichste Beweis für die wahrheitsgemäße Berichterstattung des „Klassenkampf".

Auf den Schwindel selbst näher einzugehen, erübrigt sich. Wir haben das schon wiederholt im politischen Teil unserer Zeitung getan. Wir lassen hier nur noch den letzten Abschnitt aus dem Stahlhelmlügenblatt folgen. Wir legen aber für das Wort „Klassenkampf" „Stahlhelm": Solche Schauermärchen erzählt der „Stahlhelm", um sich . . . interessant zu machen, und scheut sich nicht, diesem Zweck zuliebe die größten Entstellungen und Verzerrungen der Tatsachen vorzunehmen. Wie lange wollt Ihr „Kameraden der Arbeiterkreise" Euch noch von solchen **Führern hinters Licht führen lassen? Schluß mit diesen Täuschungen, tretet ein mit uns für Wahrheit und Recht!**

Der Block proletarischer Länder

Im Dessauer „Volksblatt" lesen wir sogendes:

Es wird notwendig sein, daß Sachsen, Anhalt, Braunschweig und Thüringen enge Fühlung miteinander nehmen, nicht um sich aneinander ein Beispiel zu nehmen, wohl aber um jeder für sich daraus zu lernen. Jedes Land muß seinen Verhältnissen entsprechend seine eigene Politik betreiben. Vor allem muß jedes Land von der Gesetzgebung des anderen Landes Kenntnis nehmen. Unsere Rechtsparteien empfehlen uns immer Preußen. Wir haben weit mehr Ursache, zu vergleichen, was man in Thüringen Braunschweig, Sachsen, Oldenburg und Mecklenburg macht. Wir Anhaltiner können uns in mancher Beziehung von den übrigen sehen lassen. Doch können wir überzeugt sein, auch anderswo wird manch Gutes geschaffen. Die sächsische Gemeindeverordnung ist soeben in der Ausschußberatung fertig geworden. Wir werden das sächsische Beispiel sorgfältig studieren müssen.

Heute berät die sächsische Parteifraktion über die Grundwertsteuer. Es gilt eine Phalanx der Mittelstaaten zu bilden, um die nützliche Besteuerung der Grundrente zu sichern. Steht Anhalt nicht mehr allein, dann kann auch der Reichsfinanzminister nicht mehr verhindern, daß die Steuer da genommen wird, wo sich das Geld am allermeisten ansammelt.

Wir haben schon immer die bittere Notwendigkeit der Fühlungnahme der Länder mit proletarischer Mehrheit betont. Wenn jedoch das „Volksblatt" schreibt, daß zwar Anhalt, Sachsen, Thüringen und Braunschweig Fühlung miteinander nehmen müssen, jedes Land aber seinen Verhältnissen entsprechend eine eigene Politik zu treiben habe, so ziehen wir daraus den Schluß, daß die anhaltische Sozialdemokratie nach wir vor das Bündnis mit den Demokraten aufrechterhalten will. Der Block der Länder mit proletarischer Mehrheit hat aber nur dann einen Sinn, wenn die Sozialdemokratie auch wirklich gewillt ist, Arbeiterpolitik zu treiben. Das geht aber nur gegen die Demokraten, die auch in Anhalt weiter nichts sind, als die Vertreter gewisser Kapitalistinteressen. Wenn die anhaltische Sozialdemokratie aus ihrem Fiasko, welches sie in der Frage der Grundwertsteuer zweifellos erlitten hat, lernen will, so begrüßen wir Kommunisten das mit Freuden, wenn wir auch allerdings äußerst skeptisch den Auslassungen im „Volksblatt" gegenüberstehen. Das „Volksblatt" hat nunmehr das Wort.

Die erhöhte Erwerbslosenunterstützung

Der rapiden Geldentwertung folgend, sah sich die Regierung gezwungen, die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen weiter zu erhöhen. Am 25. Juni sind folgende Unterstützungssätze in Kraft getreten:

Ortsklasse	A	B	C	D/E
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	9000	8400	7700	7100
ohne eigenen Haushalt	7900	7400	6800	6300
unter 21 Jahren	5500	5100	4800	4400
weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	7900	7400	6800	6300
ohne eigenen Haushalt	6600	6100	5700	5200
unter 21 Jahren	5000	4600	4200	3900
Zuschuß für Ehegatten	3300	3200	3000	2800
Zuschuß für Kinder und sonstige unterhaltungsberechtigte Angehörige	2600	2400	2300	2100

Die wöchentliche Unterstützung beträgt demnach:

Ortsklasse	A	B	C	D/E
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Männer über 21 Jahre mit eigenem Haushalt	54 000	50 400	46 200	42 600
ohne eigenen Haushalt	47 400	44 400	40 800	37 800
unter 21 Jahren	33 000	30 600	28 800	26 400
weibliche Personen über 21 J. mit eigenem Haushalt	47 400	44 400	40 800	37 800
ohne eigenen Haushalt	39 600	36 600	34 200	31 200
unter 21 Jahren	30 000	27 600	25 200	23 400
für ein Ehepaar	73 800	69 600	64 200	59 400
Ehepaar mit 1 Kind	89 400	84 000	78 000	72 000
Ehepaar mit 2 Kindern	105 000	98 400	91 800	84 600
Ehepaar mit 3 Kindern	102 600	112 800	105 600	97 200

usf. bis zu den Höchstbeträgen.

Diese Sätze finden sinngemäß auch Anwendung auf die Kurzarbeiterunterstützung.

Ueber 7 Millionen Mark Kampffonds

(Gemeindewahlfonds)

19. Quittung.

Genosse E. Behnke, Mittenberg 1500 Mk.; Ortsgruppe Oberröblingen 10 440 Mk.; Genosse Schneider, Torgau 1200 Mk.; Genosse Bendix, Zwethau 1000 Mk.; Ortsgruppe Diesdau 20 000 Mk.; Genosse Fr. Kaiser, Zwintschöna 5000 Mk.; Maiseier, Ortsgruppe Prößen 100 000 Mk.; ein Arbeiter von Bitterfeld 3000 Mk.; Genosse Kanopka, Morl (Lohn vom 1. Mai) 5000 Mk.; Ortsgruppe Nebra 18 480 Mk.; ein Genosse Bürgergarten, Bitterfeld 2000 Mk.; Ortsgruppe Löbejün 33 110 Mk.; Genosse A. Starke, Hinterjese 1000 Mk.; zwei Genossen, Ammendorf 15 000 Mk.; Genosse Hübner, Merseburg 600 Mk.; Genosse Hartley, Kuckenburg 2000 Mk.; Genosse O. Schwarze, Glesien 900 Mk.; Genosse Stankowski, Bitterfeld 400 Mark; Versammlung, Bitterfeld 30 215 Mk.; Ortsgruppe Mückenberg 25 000 Mk.; „Wahnsinn", Schkeuditz 1200 Mk.; Sommerfest Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts", Naundorf (S.) 15 000 Mk.; Genosse Rich. Scheibe, Bölberg 175 Mk.; gesammelt bei der Lohnverhandlungskommission Naumburg durch Genossen Koch 9000 Mk.; **gesammelt bei der Betriebsversammlung Naumburg durch Genossen** Niehschmann 5000 Mk.; Kassenbestand der aufgelösten Ortsgruppe Gröden 4500 Mk.; Genosse Müller, Halle 1500 Mk.; Ortsgruppe Merzdorf 4000 Mk.; öffentliche Versammlung, Oeste 7000 Mk.; öffentliche Versammlung, Teutschenthal 120 000 Mk.; Angestellte von Weißenfels, Gehalt vom 1. Mai 263 000 Mk.; M. Blohfeld, Halle 5000 Mk. Genosse A. Winter, Reinsdorf 13 000 Mk.; Ortsgruppe Obermeiderstedt 60 Mk.; Genosse O. Leonhardt, Pantz 2000 Mk.; Ortsgruppe Selben 8851 Mk.; Schochwitz-Bitterfeld 2000 Mk.; öffentliche Versammlung, Petersberg 20 000 Mk.; durch Genossen Blen, Naumburg 1000 Mk.; Genosse K. Blen, Naumburg 2500 Mk.; durch Genossen Schiemann, Naumburg 1483 Mk.; Angestellte Stenotypistinnen der Produktiv-Genossenschaft, Sekretäre, Redakteure, Stenotypistinnen der Bezirksleitung 594 438 Mk. Zusammen 1 356 552 Mk. Bereits quittiert 5 744 862,50 Mk. Gesamtsumme 7 101 414,50 Mk.

Genossen, sammelt eifrig weiter!

Zörbig. Achtung, Parteigenossen! Am Sonnabend, dem 7. Juli, abends Punkt 8½ Uhr, findet im „Dorotheenhof" unsere fällige Monatsversammlung statt. Da daselbst die letzten Vorbereitungen für die Kundgebung am Sonntag getroffen werden müssen, sowie die Kandidatenliste zur Gemeindevertreterwahl aufgestellt werden soll, ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Delitzsch. Arbeiterelternund Arbeiterkinder! Am Freitagabend 8 Uhr findet im „Lindenhof" ein Werbeabend der Kommunistischen Kindergruppe Delitzsch statt. An diesem müssen alle Eltern sowie Kinder teilnehmen, um zu erkennen, wo die Kinder die ihnen notwendige Aufklärung gegen den Einfluß der heutigen faszistisch versuchten Schule erhalten. Erscheint in Massen und unterstützt unsere kleinen Genossen in ihrem schon frühzeitig begonnenen Kampf.

Sangerhausen. Gewaltiges Steigen der Holzpreise. Bei der Holzversteigerung der Oberförsterei Pölsfeld wurden für Fichtenstämme vierter Klasse durchschnittlich 600 000 Mark pro Festmeter bezahlt. Das ist eine Preiserhöhung von mehr als das Doppelte seit 14 Tagen.

Aschersleben. Ueber 200 Millionen Mark Strafe für Preistreiberei. Der Großkaufmann Bührig, der annähernd 400 Zentner Zucker, 1250 Flaschen Monopolbranntwein und andere Waren zurückgehalten hatte, um nach der Anklage sie später mit größerem Nutzen zu verkaufen, wurde zu 50 Millionen Mark Geldstrafe und Beschlagnahme sämtlicher vorgefundenen Waren verurteilt. Bührig meldete gegen das Urteil Berufung an.

Teuchern. Mit glühendem Koks verbrannt. Auf der Grube Vollert erlitt ein Arbeiter eine schwere Verbrennung durch einen unglücklichen Zufall. Er sprang in demselben Augenblick an einer fahrenden Maschine vorbei, als der Heizer den verglühten Koks herauswarf und erhielt die volle Schaufel glühender Masse ins Gesicht, das schrecklich verbrannt wurde. Den Warnungsruf hatte der Bedauernswerte nicht gehört.

Schneidlingen. Die Bismarckgarde. Am Sonabend, dem 23. Juni, machte der Bismarckbund einen Ausflug nach dem Hakel. Dort wurde zunächst eine Unmenge Alkohol konsumiert, der von den Reaktionären spendiert worden war; denn ein Saufgelage darf bei solcher Gelegenheit nicht fehlen. Unter anderem mußten die Mitglieder des hiesigen Bundes, da auch Quedlinburger anwesend waren, den Treueschwur leisten. Dieser lautete folgendermaßen: **„Ich schwöre bei Gott, dem Allmächtigen, daß ich allezeit bereit bin, für die Ehre des Vaterlandes zu kämpfen, und treu zu der schwarzweißroten Fahne gegen den inneren und äußeren Feind stehen werde!"** Arbeitereltern! Wer ist nun mit dem inneren und äußeren Feind gemeint? Proleten sind es, gegen die Eure Kinder von der Reaktion gehetzt werden sollen. Darum, heraus mit Euren Kindern aus diesen Faszistenverbänden, in denen sie zu Vater- und Brudermördern erzogen werden. Schickt sie zur Kommunistischen Jugend, daß sie zu rechten Kämpfern für die Freiheit des arbeitenden Volkes werden!

Arbeiter-Sport

An die Arbeiter-Turner und -Sportler!

An die klassenbewußte Arbeiterschaft und Jugend!

Die gesamte Arbeiterschaft muß die Entwicklung der bürgerlichen Turn- und Sportbewegung sehr ernst nehmen und verfolgen. Mit jedem Tag wird ihr nationalistischer Charakter immer deutlicher. Die führenden Ideologen der reaktionäre Bürgertum benutzt sie als Deckmantel zur militärischen Organisierung. Ihr Verband ist eine Gefahr für die Arbeiterschaft. Unter dem Deckmantel politischer „Neutralität" laden sie die Angehörigen der proletarischen Klasse, hauptsächlich die Arbeiterjugend in ihre Reihen. Tausende und aber Tausende von Proletariern sind Mitglieder bürgerlicher Turn- und Sportorganisationen und sind dabei der nationalistisch-faszistischen Weltanschauung ausgesetzt. Sie werden zu Feinden der Arbeiterschaft gemacht. In der Zeit vom 14. bis 21. Juli 1923 findet in München das 13. Deutsche Turnfest statt. Dieses Turnfest wird eine große nationalistische reaktionäre Parade sein. Judenhetze, Revanchegedanken und Arbeiterfeindschaft kommen schon bei den Vorbereitungsarbeiten und auf den Gautagen der deutschen Turnerschaft zum Ausdruck. Diese Tatsache und die Wahl des Festortes machen den Ausschußvorsitz des Ausschusses der Deutschen Turner zu schanden. Das Fest soll eine große vaterländische Kundgebung werden, und München als Hort des Faszismus gibt dem Fest das Gepräge.

Arbeiter-Turner und -Sportler, klassenbewußte Arbeiter! Es ist notwendig, einen energischen Gegenkampf zu organisieren! Es muß verhindert werden, daß proletarische Elemente weiterhin in den bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen verbleiben, sich an der nationalistischen Parade beteiligen. In den Zeitungen der Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Turn- und Sportorganisationen muß der wahre Charakter des 13. Deutschen Turnfestes enthüllt werden. In einem Aufruf wendet sich der Festausschuß mit großen nationalistischen Phrasen und mit der Beschwörung, daß die bürgerliche Turn- und Sportbewegung pflichttreue, an Zucht und Ordnung gewöhnte, mit großem Arbeitswillen und Untergebenheit ausgestattete Menschen hervorbringe, an die Arbeitgeber zwecks Bewilligung von Urlaub für die Arbeitnehmer und verzicht nicht, die Unternehmer selbst einzuladen. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Arbeiterschaft müssen feststellen, welcher Prolet sich diesen Urlaub nach München verschafft, um ihn aufzuklären, welche „Mehr-Volk"-Rolle er dort spielen soll. Die Rüstung des Festes soll der „notleidenden" Industrie helfen in der Mohnblüte" sein, womit jedenfalls die politische „Neutralität" noch mehr gekennzeichnet ist. Zu diesem Zwecke begeben sich die Festteilnehmer nach Regensburg, wo zu gleicher Zeit das erste bayrische Arbeitersportfest stattfinden soll. Der Zweck ist klar! Unter dem Schutze kapitalistischer und privater Faszistenbanden soll es zu einer Störung des Arbeiterfestes kommen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß erkennen, daß die bürgerliche Turn- und Sportbewegung eine erste Gefahr bedeutet. Die Rote Sportinternationale ruft deshalb zum energischen Kampf auf! Die Arbeiter-Turner und -Sportler müssen diesen Kampf mit der klassenbewußten Arbeiterschaft und Arbeiterjugend gemeinsam führen. Die Arbeitergemeinschaft im Reichsbeirat für körperliche Erziehung, die in Deutschland betrieben wird, schützt Euch Arbeiter-Turner und -Sportler nicht vor dem deutschnationalen „politisch-neutralen" Anhagel, wenn Ihr es nicht selbst macht. Die Einheitsfront gegen die bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen, gegen Faszismus und Nationalismus muß hergestellt werden. Die Luzerner Arbeiter-Sportinternationale müßt Ihr zwingen, diesen Kampf mitzuführen und zu unterstützen. Wenn die Luzerner Arbeiter-Sportinternationale kämpfen will, ist die Rote Sportinternationale bereit, eine gemeinsame Kampffront zu bilden.

Gegen die bürgerliche Turn- und Sportbewegung!

Gegen den Faszismus und die Reaktion!

Gegen die Neutralität des Sportes!

Für proletarischen Klassensport!

Nicht für die Nation, sondern für die Klasse!

Es lebe die rote internationale Arbeiter-Turn- und Sportbewegung!

Das EK. der Roten Sportinternationale.

Spiele. Sportklub 07. Fichte 1.—1. mit 0 : 7. Freitag: Leichtathletik, anschließend Spielausschuß- und Vorstandssitzung. Sonnabend, 5 Uhr, bei Thomas: Versammlung. Spiele für Sonntag: 1. Herrenmannschaft nach Bitterfeld zum Fußballverein. Abfahrt 7.10 Uhr vormittags vom Hauptbahnhof. Treffpunkt 6.30 Uhr. 2. fährt nach Eisleben, um gegen Wacker ein Gesellschaftsspiel auszutragen. Abfahrt 1.56 Uhr nachmittags, Treffpunkt 1 Uhr am Hauptbahnhof. Mannschaften werden Freitag aufgestellt. Erscheinen Sonnabend ist Pflicht.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 17, Bezirk 1. Am Sonntag, dem 8. Juli, findet die Gausternfahrt der Bezirke 1, 7, 8, 17 und 18 statt. Treffpunkt der Bezirke vormittags 8 Uhr in Gräfenhainichen. Dort findet eine gemeinschaftliche Versammlung im Walde statt. Später Weiterfahrt nach Wörlitz zur Besichtigung des Wörlitzer Parkes unter Führung von kundigen Sportgenossen.

Die westlichen Ortsgruppen des Bezirkes 1 treffen sich in Dessau, morgens ½8 Uhr an der Muldebrücke. Abfahrt 8 Uhr. In Kl.-Mosland schließen sich die Ortsgruppen Törten, Schierau, Raguhn, Thurland, Jeßnitz, Kleutsch und Kl.-Mosland an.

Veranstaltungen einzelner Ortsgruppen dürfen an diesem Tage nicht abgehalten werden.

Alle Bundesgenossen nehmen an der Gausternfahrt teil, um sie zu einer wuchtigen Demonstration für den Arbeiter-Radsahr-Sport auszugestalten.

Der Bezirks-Sport-Ausschuß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0006

Vom Ruhrkrieg

(Eigene Drahtmeldung)

Duisburg, 5. Juli.

Die französischen Behörden bestimmen, daß Ausnahmepassierscheine zulässig sein sollen bei Todesfällen, schweren Krankheitsfällen und in besonderen Fällen bei Großhändlern. Den außerhalb der Grenze der Kontrollstellen wohnenden Arbeitern werden keine Passierscheine gegeben!

In Crefeld fanden die Trauerfeierlichkeiten für die bei der Explosion getöteten belgischen Soldaten unter Beteiligung des Generals Degoutte statt.

Nach einer Karlsruher Meldung soll im Offenburger und Kehler Gebiet bereits die Annäherung an die Grenze mit lebenslänglicher Zwangsarbeit oder 10 Millionen Mark Geldstrafe bedroht sein.

Der Stadt Duisburg wurde wegen der Duisburger Explosion 30 Milliarden Mark Geldstrafe auferlegt.

Die Erdrosselung des Verkehrs

Köln, 4. Juli.

Infolge der Stillegung der belgischen Kleinbahn Steele—Elberfeld durch die Franzosen ist es unmöglich, Kindertransporte der Ruhrhilfe und des Roten Kreuzes, die in den letzten Tagen fast nur diese Linie benutzt haben, aus dem besetzten Gebiet herauszubringen.

Gelsenkirchen, 4. Juli.

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn, die infolge des verstärkten Verkehrs einen Zehnminutenbetrieb eingerichtet hatte, mußte diesen auf Befehl der Franzosen wieder einstellen.

Gladbeck, 4. Juli.

Obgleich sich im hiesigen Bezirk kein Zwischenfall ereignet hat, wurden sämtliche Wirtschaften und Kaffeehäuser auf die Dauer von vier Wochen geschlossen und ebenso der Straßenbahnverkehr für vier Wochen stillgelegt.

Bankräuber

Gladbeck, 4. Juli.

Dem Bankhaus Küster, Ulrich u. Ko. wurden gestern 180 Mill. Mark, die es von der Reichsbank abholen ließ, auf der Straße weggenommen. Bei der Großeinkaufsgenossenschaft wurden 15 Mill. Mark beschlagnahmt.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Büroen u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Kartellfraktion. Freitag, 6. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Sitzung. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist vollzähliges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Kontrollausschuß. Freitag, 6. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" (kleines Zimmer): Sitzung. Da wichtige Angelegenheiten zur Beratung stehen, ist pünktliches und vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.

Distrikt 7. Freitag, 6. Juli, 7½ Uhr, in der „Lerchenfeldstraße": Distriktsversammlung.

Die Distrikte 8 und 13 halten ihre Distriktsversammlungen am Freitag, dem 6. Juli, abends 7½ Uhr, in ihrem bekannten Lokal ab.

Distrikt 11. Die Versammlung findet bestimmt heute abend statt. Alle Genossen haben zu erscheinen.

Halle-Saalkreis

Dölau. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung. Alle Parteigenossen beteiligen sich geschlossen an derselben.

Kietzleben. Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, in der „Sonne": Mitgliederversammlung.

Kreis Bitterfeld

Jörbig. Sonnabend, 7. Juli, 8½ Uhr, im „Dorotheenhof": Wichtige Versammlung.

Crina. Sonnabend, 7. Juli, 8 Uhr, im Lokal Zimmermann: Oeffentl. Versammlung.

Kreis Wittenberg

Kemberg. Freitag, 6. Juli, 8 Uhr, beim Gen. Otto Thiele: Mitgliederversammlung.

Schmiedeberg. Sonnabend, 7. Juli, 8½ Uhr, im „Schützenhaus": Mitgliederversammlung.

Kreis Liebenwerda

Liebenwerda. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Oeffentliche Versammlung. Referent Landtagsabgeordneter Georg Schumann (Halle).

Lobdorf. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Biehla. Freitag, 6. Juli, ½8 Uhr: Kursus. Referent Genosse Kilian (Halle).

Mansfelder Seekreis

Eisleben. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": Oeffentliche Versammlung. Referent Genosse Sachse (Halle).

Mansfelder Gebirgskreis

Großörner. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zu den drei Linden": Oeffentliche Versammlung. Referent Genosse König (Wolfenkreis).

Molmeck. Sonnabend, 7. Juli, im Gasthof Kolbe: Oeffentliche Versammlung. Referent Genosse Kilian (Halle).

Kreis Merseburg

Schkeuditz. Freitag, 6. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Lindenhof": Mitgliederversammlung. Referent Genosse Kant (Halle).

Kreis Sangerhausen

Roßla. Sonnabend, 7. Juli, abends 8 Uhr, im „Gasthof zur Sonne": Mitgliederversammlung. Referentin Genossin Köhler (Sangerhausen).

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die Reis ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibwaren aller Art von uns bezogen werden.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 22. Juni 1923, die am 2. Juli in Kraft tritt, sind die für die Versicherungspflicht der Gruppe der Angestellten und der Hausgewerbetreibenden maßgebenden Verdienstgrenzen auf 21 Millionen Mark, für freiwillig Beitretende auf 4 800 000 Mk. und die Höchstgrenze des Grundlohnes auf 54 000 Mk. festgesetzt. Der Kassenvorstand hat daher beschlossen, auf die jetzigen Lohnstufen noch weitere 4 Lohnstufen, mit Wirkung vom 9. Juli 1923 an, aufzunehmen, und zwar wie folgt:

Stufe	Arbeitsverdienst für den Tag bis Mk.	für die Woche bis Mk.	für d. Monat bis Mk.	für das Jahr bis Mk.	Grundlohn Mk.	Wöchentl. Beitrag Mk.
XIII	25 800	180 600	774 000	9 288 000	24 000	13 440
XIV	32 400	226 800	972 000	11 664 000	30 000	16 800
XV	43 800	306 600	1 314 000	15 768 000	37 500	21 000
XVI	60 200	351 400	1 506 000	18 072 000	48 000	26 880
XVII	Mehr als in Stufe 16				54 000	30 240

Die neuen Beitragssätze treten mit Wirkung vom 9. Juli 1923 in Kraft. Dagegen ändern sich die Barleistungen erst vom 1. August 1923 an.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die hiernach erforderlich werdenden Anmeldungen von Personen, die der Versicherung neu unterstellt werden, bis zum 9. Juli 1923 an die Kasse einzureichen.

Halle a. d. S., den 4. Juli 1923. 3327

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender.

Von Freitag früh 7 Uhr an steht ein Transport [3330
Ferkel, Läufer- u. großer Futterschweine
preiswert zum Verkauf.
O. Bruchhardt,
Trotzaer Straße 4. Tel. 3569.

Schulbücher Schreibwaren
empfehlen die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14.

Das beste Bier auf dieser Welt,
Das braut bekanntlich Bitterfeld!
Nimm's beste drum für Deine Gelder
Und trinke stets nur **Bitterfelder!**
Brauerei Bitterfeld.
Telephon 29. *368

Wir bringen die größte Auswahl in *369
Damen-Bekleidung
in jeder Art zu billigsten Preisen.
Gebr. Meyer,
Bitterfeld, Kirchstraße 10.

Immer mehr als Konkurrenz
zahlen wir für:
Lumpen, Papierabfälle, Bücher, Zeitungen, alte Strumpfabfälle, Eisen, Metalle usw.
nur 3328
Paul Theuring, G. m. b. H.,
Hauptgeschäft:
Kriststraße 24, Telephon 4363 u. 5659, Gr. Brunnenstraße 60/61.
1. Filiale: Augustastr. 17, hof. 2. Filiale: Mühlberg 12, Ecke Kl. Ulrichstr.
3. Filiale: Breitestr. 34. 4. Filiale: Gr. Brauhausstr. 19 (Hof).

Regalies

3321
gute Qualitäten, vornehme Muster.
Damenwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2

Säcke
(auch zerissene) kauft jed. Posten
Fr. Halle,
Gr. Steinstr. 13
Eing. Mittelstr.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Eisleben.

Konsum-Verein für Sangerhausen u. Umg. e. G. m. b. H.
Sonntag, den 15. Juli, vorm. 9 Uhr, in Sangerhausen, Georgen-Brauerei:
Außerordentl. Vertreterversammlung.
Tagesordnung: 476
1. Geschäftsbericht.
2. Änderung des § 57 unserer Satzung betr. Erhöhung des Geschäftsanteiles.
3. Antrag der Verwaltung: Die Erwerbung der Mitgliedschaft beider Eisleute ist abzulehnen.
4. Konstituierung des Genossenschaftsrats.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Albert Elster.

Jugendgruppen!
Große Auswahl an einwandfreier Jugendliteratur hat die
Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

Arbeiter-Gesang-Verein „Freiheit", Helfta.
Sonntag, den 8. Juli, in Trebitschs Lokale:
mit
Stiftungsfest Bannerweihe.
Freundlichst laden ein 475
Der Wirt. Der Vorstand.

Stadtverordneten-Versammlung
am Montag, dem 9. Juli 1923, nachmittags 4 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaal.

I. Oeffentliche Sitzung.
1. Mitteilungen.
2. Kenntnisnahme von der Liste der niedergeschlagenen Forderungen
3. Abnahme der Jahresrechnungen
   a) der Wasserwerkskasse für 1921,
   b) der Armenkasse für 1917,
   c) der Rohrbomnistung für 1921,
   d) Gutherschule für 1921,
   e) Vorschußkonto (Räudeseelle) für 1920 und 1921.
4. Ortssatzung über b. Kreishebammenstelle.
5. Erlaß eines I. Nachtrags z. Friedhofsordnung.
6. Erlaß eines IV. Nachtrags zu dem Gebührentarif für d. städt. Friedhof.
7. Ortsstatut, betreffend Anpassung der Gemeindeumlagen an das Gebührenverordnungsgesetz.
8. Vorläufige Weitererhebung der im Jahre 1922 beschlossenen Realsteuern während des 1. Halbjahrs 1923.
9. Beschlußfassung zur vorläufigen Anwendung der Haushaltpläne für 1922 auf das Rechnungsjahr 1923.
10. Festsetzung d. Wohnungsbaubgabe.
11. Erhebung von Marktstattgeld.
12. Erbauung von 6 Arbeiterwohnungen und Bewilligung von Mitteln zur Wohnungsherstellung.
13. Schulgeldfestsetzung f. d. Mittelschule.
14. Erhöhung der Entschädigung für einen Sprachlehrer.
15. Umwandlung einer Lehrerinstelle am Lyzeum in eine Studienrätinstelle.
16. Straßenbenennung.

II. Geschlossene Sitzung.
1. Verleihung einer anderweiten Amtsbezeichnung an einen Beamten.

Der Stadtverordnetenvorsteher.
480 gez. Christange.

Bekanntmachungen.
Der Stadtausschuß hält gemäß § 5 des Regulativs vom 28. Februar 1884 in der Zeit vom 21. Juli bis 1. September d. J. Ferien. Während dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in schleunigen Sachen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen haben die Ferien keinen Einfluß.

Eisleben, den 4. Juli 1923.
477 **Der Stadtausschuß.**

Betr. das Reichsmietengesetz.
Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922, Reichsgesetzblatt S. 273, in Verbindung mit der Ausführungs-Verordnung des Preußischen Ministers für Volkswohlfahrt v. 12. Juni 1922, Gesetzsammlung S. 129, wird gemäß unserem Beschluß vom 19. Juni 1923 mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg (Bescheid vom 28. Juni 1923 — I. W. 8665/23 —) die Verordnung d. Magistrats vom 29. März 1923 in den folgenden Punkten geändert:

1. Der Zuschlag für Zinsendienst und Kostensteigerung beträgt 25 Prozent der Grundmiete.
2. Der Zuschlag für die Verwaltungskosten und Straßenreinigung beträgt 3000 Proz der Grundmiete.
3. Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten gemäß § 3, Abs. 1, Ziffer 3 des RMG. beträgt 3000 Proz. der Grundmiete.
4. Für die Umlagefähigkeit im Sinne des § 1, Abs. 3a der Magistratsverordnung vom 29. März 1923 genügt, daß die seit Oktober 1920 nachgewiesenermaßen ausgeführten und notwendig gewesenen oder in den nächsten 12 Monaten auszuführenden notwendigen Instandsetzungsarbeiten den doppelten Jahresbeitrag des Zuschlages für laufende Instandsetzungsarbeiten übersteigen.

Die unter § 8 der Verordnung vom 29. März 1923 festgesetzten Zuschläge für Räume zu gewerblichen Zwecken fallen vom 1. Juli 1923 an weg.

Der Vermieter ist berechtigt, die auf den einzelnen Mieter entfallenden Beträge binnen einer Frist von 8 Tagen einzusehen.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1923 in Kraft, die Verordnung vom 29. März 1923 tritt mit dem Ablauf des 30. Juni 1923 außer Kraft.

Eisleben, den 3. Juli 1923.
478 **Der Magistrat.**

In Abänderung der Veröffentlichung des Magistrats vom 26. Juni 1923 wird Nachstehendes gemäß Beschluß der Ortskohlenstelle infolge Erhöhung der Frachtsätze d. Reichseisenbahn festgesetzt:

§ 1. Bei Abgabe an Verbraucher dürfen für Braunkohlenbriketts, die mit der Bahn ankommen, folgende Preise je Zentner nicht überschritten werden: a) ab Bahnlager des Händlers oder ab Bahnwagen in Fuhren und im Kleinverkauf je Zentner 22 150 Mk, b) ab Stadtlager des Händlers im Kleinverkauf und in Fuhren je Zentner 22 500 Mk.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 3. Die Festsetzung vorstehender Höchstpreise tritt mit der Bekanntgabe in Kraft. Der Höchstpreis der Verordnung vom 26. Juni 1923 wird gleichzeitig aufgehoben.

Eisleben, den 2. Juli 1923.
479 **Der Magistrat.**

Fahrräder Nähmaschinen Kinderwagen
beste Fabrikate.
Fritz Schönbrodt
Bitterfeld, Markt 5. *367

Suche nur große
Hamsterfelle
Maulwürfe
und zahle einen ganz besonders
hohen Preis.
Kl. Klaustr. 18, Laden
Wenn geschlossen, 2 Tr.

Gummi-Sohlen u. Absätze
Schlleder
im Ausschnitt
M. Winkler,
Lerchenfeldstr. 22 I.

Gold- Silber-, Platinbruch, Brennstifte, Bibbe, alte Zahngebisse kauft lunguslleuerfrei!
Holland,
nur Schülershof 10, am Markt.

Ansichtspostkarten empfiehlt
Volksbuchhandlung.

Danksagung.
Herzlichen Dank für die Teilnahme b. Heimgange unseres lieben Entschlafenen. Besonderen Dank Gen. Kroh, dem Gesangverein Arb.-Liedert. Dölau u. all. Spendern.
Dölau, 4. Juli.
In tief. Schmerz
Die trauernden Hinterbliebenen
Fam. Möllbrig
u. Verwandten.

Gestreifte u. schwarze **Hose,** Kindermantel, Kommode, feine Waschgarnitur zu verkaufen.
3316] Anhalterstr. 10, p.

Unser Lied.
Liederbuch
mit Noten, Notenlexe, einig. Worten zum Mandolinen- und Gitarrespiel.
Ueber 250 Kampf- und Wanderlieder
Zu beziehen durch die
Bezirks-Zentralbuchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 und deren Filialen.

Junges, anständiges, sauberes
Mädchen
von 17—19 Jahren bei hohem Lohn u. guter Behandlung sofort gesucht. *366
Resl. Dorotheenhof, Zörbig.

Gemeinde-Arbeiter.
Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark":
Gemeindearbeiter-Versammlung.
Tagesordnung: 3331
1. Stellungnahme zur neuen Festsetzung der Julilöhne.
2. Der Reichsmanteltarif und seine Auswirkung nach dem 30. Juni.

Sämtliche Mitglieder des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Sektionsleitung.

Zum Internationalen Genossenschaftstage
erschien soeben:
Unsere Rußlandreise.
Die erste Delegation deutscher Genossenschafter in Sowjet-Rußland
Diese mit 10 Bildern ausgestattete Broschüre eröffnet uns die Größe und Bedeutung der russischen Genossenschaften in der Lebensmittelversorgung, vor allem der Städte.
Zu beziehen durch:
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen.

Gold- Silber-Bruch, Zahngebisse, kauft reell
Steinweg 25.
H. Lichtenstein.
Beratung kostenlos, ohne Verbindlichkeit.

Größte Auswahl, billigste Preise
Kinder- u. Klappsportwagen
Bruno Paris, Halle a. d. S.
3305 **jetzt Leipziger Str. 12.**

Herrenstoffe
Mantelstoffe
Kostümstoffe
Kleiderstoffe
Futterstoffe
stets in größter Auswahl 3307
Ruhland, Poststraße 3.

Familien-Nachrichten

Danksagung.
Zunächgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tante und Schwester 3311
Anna Gründler, geborene Lehrmann,
sagen wir für Kranzspenden, sowie dem Genossen Kroh für Grabrede, der Arbeiter-Liedertafel Dölau für Grabgesang und den Kameraden für das freiwillige Tragen z. letzten Ruhe unseren herzlichsten Dank.
Dölau, den 3. Juli 1923.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Friedrich Gründler.

Wittenberg.

G. Nebeling, Mittelstr. 43a
Gummi-Mäntel, Arbeits-Hosen, 999
Arbeits-Schnürschuhe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

102] Von Charles de Coster

Der Abend sank. Sie kamen nach Brügge durch das Genter Tor und zeigten ihre Pässe vor. Nachdem sie für sich einen halben Sou und zwei für ihre Esel hatten bezahlen müssen, zogen sie in die Stadt ein. Lamm gedachte der Worte Ulenspiegels und war schier betrübt.

„Werden wir bald zur Nacht essen?" fragte er.

„Ja", antwortete Ulenspiegel.

Sie stiegen in dem „Meermin", dem „Meerweib", ab, das als güldene Wetterfahne über dem Giebel der Herberge angebracht ist, führten ihre Esel in den Stall und Ulenspiegel bestellte für sich und Lamm Nachtessen: Brot, Bier und Käse.

Der Wirt lachte spöttisch, da er diese karge Kost auftrug. Lamm aß mit langen Zähnen und blickte voller Verzweiflung auf Ulenspiegel, der in das zu alte Brot und den zu jungen Käse hineinbiß, als wären es Fettammern. Und Lamm trank sein Dünnbier ohne Genuß. Ulenspiegel lachte, da er ihn so kläglich sah. Und es war noch jemand, der im Hofe der Herberge lachte und manchmal das Gesicht an den Fensterscheiben zeigte. Ulenspiegel sah, daß es ein Weib war, das sein Gesicht verbarg. In der Meinung, es sei irgendeine hoshafte Magd, dachte er nicht mehr daran, und da er Lamm ob der vereitelten Begier seines Bauches so blaß, traurig und elend sah, jammerte ihn sein und er wollte für seinen Gefährten schon einen Eierkuchen mit Blutwürsten, eine Schüssel Rindfleisch mit Saubohnen oder irgendein anderes warmes Gericht bestellen, als der Wirt eintrat, seinen Hut lüftete und sprach:

„Wenn die Herren Reisenden ein besseres Nachtmahl begehren, so müssen sie sprechen und sagen, was es sein soll."

Lamm riß die Augen weit auf und den Mund noch weiter und blickte Ulenspiegel mit banger Unruhe an.

Dieser antwortete:

„Wandernde Handwerker sind nicht reich."

„Es kommt gleichwohl vor," sprach der Wirt, „daß sie nicht wissen, was sie alles besitzen. Und auf Lamm deutend: „Dies gute Vollmondgesicht ist soviel wert wie zwei andere. Was beliebt den Herrschaften zu speisen und zu trinken? Einen Eierkuchen mit fettem Schinken, heute frisch gedämpfte Choseels, Backwerk, einen Kapaun, der auf der Zunge zergeht, eine schöne, auf dem Rost gebratene Kalbsrippe mit einer Tunke von vier Gewürzen, Dobbelknol aus Antwerpen, Dobbel-kuyt aus Brügge und Löwener Wein nach Burgunder Art? Und alles ohne Bezahlung?"

„Bringt alles," sprach Lamm.

Der Tisch ward alsogleich besetzt, und Ulenspiegel ergötzte sich daran, dem armen Lamm zuzusehen, der sich hungriger denn je auf den Eierkuchen, die Choseels, den Kapaun, den Schinken und die Kalbsrippen stürzte und den Dobbel-knol und Dobbel-kuyt und Löwener Wein nach Burgunder Art maßweise in den Schlund goß.

Als er nichts mehr essen konnte, schnob er vor Behagen wie ein Walfisch und ließ seine Blicke über den Tisch schweifen, ob es nichts mehr zu beißen gäbe. Und er kniusperte die Krumen des Backwerks.

Weder Ulenspiegel noch er hatten das hübsche Lärvchen gesehen, das lächelnd durch die Scheiben blickte und im Hofe hin und wieder ging. Der Wirt hatte Glühwein mit Zimmet und Madeirazucker gebracht, und so tranken sie weiter. Und sie sangen.

Als die Nachtstunde kam, fragte der Wirt sie, ob nicht jeder in sein großes und schönes Gemach hinaufgehen wollte. Ulenspiegel entgegnete, daß ein kleines für beide genügte. Der Wirt versetzte: „Das habe ich nicht; Ihr sollt jeder, ohne zu zahlen, ein herrschaftliches Zimmer haben."

Und fürwahr, er führte sie in reich mit Hausrat und Teppichen versehene Gemächer. In Lamms Gemach stund ein großes Bett. Ulenspiegel, der wacker gezecht hatte und vor Müdigkeit umsank, ließ ihn zu Bette gehen und tat flugs ein gleiches.

Am andern Tage zur Mittagszeit trat er in Lamms Zimmer und sah ihn schlafen und schnarchen. Neben ihm lag ein zierliches Täschlein voll Geld. Er machte es auf und sah, daß es Goldkarolus und Silbergroschen waren.

Er rüttelte Lamm, um ihn aufzuwecken. Der kam aus dem Schlaf, rieb sich die Augen, blickte unstät umher und sagte:

„Mein Weib, wo ist mein Weib?"

Und auf eine leere Stelle neben sich im Bett deutend:

„Da war sie noch eben."

Dann sprang er aus dem Bett und blickte wieder allenthalben umher, durchstöberte alle Ecken und Winkel des Zimmers, den Alkoven und die Schränke und sagte, mit dem Fuß stampfend:

„Mein Weib, wo ist mein Weib?"

Der Wirt kam bei dem Lärm herauf.

„Taugenichts", sprach Lamm und packte ihn an der Kehle, „wo ist mein Weib, was hast Du mit meinem Weibe gemacht?"

„Ungeduldiger Wanderer", sprach der Wirt, „Dein Weib? Welches Weib? Du bist allein gekommen. Ich weiß nichts."

„Ha, er weiß nichts," sprach Lamm. „Er weiß nichts," sprach er und durchstöberte abermals alle Ecken und Winkel des Gemachs.

„Ach! Sie war da, diese Nacht, in meinem Bette wie zur Zeit unserer holden Liebe. Ja. Wo bist Du, Liebchen?"

Und die Börse zu Boden werfend:

„Nicht Dein Geld brauch ich, sondern Dich, Deinen holden Leib, Dein gutes Herz, o, meine Geliebte! O Himmelsfreuden, Ihr kehrt nicht wieder. Ich hatte mich gewöhnt, Dich nicht mehr zu sehen, ohne Liebe zu leben, mein süßer Schatz. Und nun verlässest Du mich, nachdem Du wieder zu mir gekommen warst. Ach ich will sterben. Ha! mein Weib, wo ist mein Weib?"

Und er warf sich auf den Boden und weinte heiße Zähren. Dann riß er plötzlich die Tür auf, lief im Hemde durch die ganze Herberge und auf die Straße und schrie:

„Mein Weib, wo ist mein Weib?"

Aber er kam bald zurück, denn die bösen Buben höhnten ihn und warfen ihn mit Steinen.

Und Ulenspiegel nötigte ihn, sich anzukleidne und sprach zu ihm: „Sei nicht untröstlich. Du wirst sie wiedersehen, sintemal Du sie gesehen hast. Sie liebt Dich noch, da sie wieder zu Dir gekommen ist, denn ohne Zweifel war sie es, da das Nachtmahl und die fürnehmen Zimmer bezahlt und diesen vollen Säckel auf das Bett gelegt hat. Die Asche sagt mir, daß dies nicht das Tun einer Ungetreuen ist. Weine nicht mehr und laß uns zur Verteidigung des Vaterlandes weiterziehen."

„Laß uns noch in Brügge bleiben," sprach Lamm, „ich will durch die ganze Stadt laufen und werde sie wiederfinden."

„Du wirst Sie nicht wiederfinden, da sie sich vor Dir versteckt," sprach Ulenspiegel.

Lamm stellte den Wirt zur Rede, aber der wollte nichts sagen. Und sie machten sich auf nach Damme.

Während sie so wanderten, sprach Ulenspiegel zu Lamm:

„Warum sagst Du mir nicht, wie Du sie diese Nacht bei Dir fandest und wie sie Dich verließ?"

„Mein Sohn," antwortete Lamm, „Du weißt, daß wir dem Fleisch, Bier und Wein stark zugesprochen hatten und daß ich nur mit Mühe schnaufte, als wir zu Bett gingen. Ich trug eine Wachskerze wie ein fürnehmer Herr und stellte den Leuchter auf eine Truhe, um mich schlafen zu lagen. Die Tür war halb offen geblieben, die Truhe stand nahe dabei. Als ich mich auskleidete, blickte ich mein Bett voller Liebe und Sehnsucht nach Schlaf an. Mit einem Mal erlosch die Wachskerze. Ich vernahm etwas wie Atemzüge und ein Geräusch leichter Schritte in meiner Stube, aber meine Schläfrigkeit war größer denn meine Furcht, und ich fiel schwer ins Bett. Da ich im Einschlafen war, sprach eine Stimme, ihre Stimme, oh, mein Weib, mein armes Weib! sprach zu mir: „Hast Du gut gespeist, Lamm?" Und ihre Stimme war mir nahe, desgleichen ihr Antlitz und ihr holder Leib."

(Fortsetzung folgt.)

O Du vergessenes Geschlecht!

O Du vergessenes Geschlecht!
Herr bleibt Herr und Knecht bleibt Knecht.
Knecht bleibt feig, zum Denken träge.
Knecht will immer neue Schläge.
Knecht duckt sich in feigem Wimmern,
Muß sich selbst ein Zuchthaus zimmern.

O Du vergessenes Geschlecht!
Herr bleibt Herr und Knecht bleibt Knecht.
Wenn Eure besten fallen,
Die Faust nur heimlich ballen,
Dem Fuße den Nacken beugen,
Dem Elend Kinder zeugen.

O Du vergessenes Geschlecht!
Herr bleibt Herr und Knecht bleibt Knecht
Sollen Tote für Dich streiten
Und den engen Weg Dir weiten?
Wer nicht den Tod mißachtet
Lebendigtot verschmachtet.

O Du vergessenes Geschlecht!
Wann stehst Du auf und ringst um's Recht?
Wann stehst Du auf geschlossen,
Von Zornglut übergossen,
Wann wirst Du, statt zu greinen,
Zu stolzem Kampf Dich einen?

Bruno Schönlank, „Großstadt".

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

Eine neue Schrift über Sowjet-Rußland

Obwohl sich die Zahl der Arbeitervertreter, die Sowjet-Rußland gesehen haben, erheblich vermehrt hat, verbreiten die menschewistischen und kapitalistischen Blätter noch immer die irreführendsten Nachrichten über die Zustände in Rußland. In der Regel berufen sich diese Blätter auf Zeiten, die längst überwunden sind, ohne selbst diesen Zeitpunkt anzugeben. Die Bücher des heutigen Rußlands können ihre Erlebnisse nicht in dem Maße den breiten Massen vortragen oder schriftlich zugänglich machen, wie es den Bedürfnissen entspricht, weil sie alle in der politischen Bewegung voll beschäftigt sind. Reisebeschreibungen und persönliche Erlebnisse haben zudem nur bedingten Wert, weil Lebensverhältnisse, Wirtschaft und Politik grundverschieden von europäischen Verhältnissen sind.

Jetzt haben nun drei Männer eine Schrift*) herausgegeben, die deshalb so hohen Wert hat, weil sie ein wesentliches Stück Wirtschaftsleben, fast die gesamte Lebensmittelversorgung behandelt. Die drei Männer sind langjährige erfahrene Genossenschafter, die im Dienste der deutschen Genossenschaftsbewegung stehen. Es sind die Genossen Dr. Bittel-Weißenfels, Ertinger-Jena und Oberdörfler-Köln. In ihrer: „Unsere Rußlandreise" betitelten Schrift geben sie keine Erlebnisse, die jeder Reisende vom Eisenbahnzug oder Auto aus sieht und mit der nötigen Phantasie im gutverpflegenden Hotel niederschreiben kann. Sie haben mit kritischen Blicken die Entwicklung der russischen Genossenschaften studiert und schildern die gegenwärtigen Leistungen und Einrichtungen der Konsumvereine. Jeder Europäer staunt vor den riesigen Warenhäusern der Konsumvereine in Moskau und Petersburg, vor den großen Lebensmittelverkaufsstellen mit mehr als fünfzig Verkäuferinnen, in denen ungeheure Mengen der vielseitigsten Nahrungs- und Genußmittel aufgestapelt liegen, den Tabakläden, den Fabrikanlagen, Schlächtereien und Bäckereien usw. Die Schrift ist durch Abbildungen solcher Anlagen illustriert.

Das Wesentliche des Buches sind aber die Darlegungen der Beziehungen der Konsumgenossenschaften zum Proletariat und zum Sowjetstaat, die Verbindung mit den Bauern und der landwirtschaftlichen Produktion, die Eigenart der Verwaltung, die zentrale Zusammenfassung der Konsumvereine über das große Riesenreich und die Lehren, die daraus für das klassenbewußte Proletariat Deutschlands zu ziehen sind. Hier sind Tatsachen geschildert, die den Titel der Schrift fast Lügen strafen, die in ihrer nüchternen Form wertvollen Einblick in die proletarische Wirtschaft geben und die gesamte Genossenschaftsbewegung aus der kleinlichen Krämerpolitik zu einem machtvollen Instrument der proletarischen Revolution erheben.

Kein Wirtschaftspolitiker kann an dieser kleinen Schrift vorübergehen. Die Verwaltungen der Konsumvereine müssen sie besprechen. Alle Genossen müssen die Schilderungen unter den Arbeitern auswerten. Wir müssen den drei Genossen dankbar sein. Ihre Schrift wird den deutschen Arbeitern nicht nur einen Einblick in die Aufbauarbeit des russischen Volkes, sondern auch schreckende Fingerzeige über die Ausgestaltung der deutschen Konsumvereine geben. Darüber hinaus aber werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der siegreichen proletarischen Revolution aufgezeigt.

Georg Schumann.

*) Unsere Rußlandreise. Die erste Delegation deutscher Genossenschafter in Sowjet-Rußland. Verfasser: Produktiv-Genossenschaft Halle-Merseburg.

„Der beste Fabrikdirektor." 66 Seiten mit acht Zeichnungen im Text. (Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.) Die Moskauer Korrespondentin der Iswestiya, Genossin Frida Rabiner, schildert auf Grund eines Preisausschreibens und eigener Studien den neuen Typus des russischen Menschen, den erfolgreichen kommunistischen Wirtschafter, den besten proletarischen Fabrikdirektor. Der um unterbrochene Kampf des russischen Proletariats findet hier, in diesen nach dem Leben geschnitzten Silhouetten eines Schlossers, der zum Fabrikdirektor wird, eines Kontrolleurs der Arbeit, eines Bergwerksdirektors, eines Leiters der Munitionswerkstätte, einer Direktorin u. a. die beste, lebensnahe Schilderung.

„Die Kommunistische Internationale" Nr. 26 (Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8) ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt des 125 Seiten starken Heftes heben wir hervor: Rußland und Hamburg, von Karl Radek. Der Internationale sozialdemokratische Einigungskongreß in Hamburg, von Paul Fröhlich. Die Niederlage des bürgerlichen Deutschlands, von E. Varjonski. Sie sind wir im Kampfe gegen den Krieg, von A. Lozovski. Die grundsätzlichen Fragen des Ruhrkampfes, Beiträge von A. Thalheimer, A. Neurath und Sommer. Kapitalistische Offensive und proletarische Defensive in Japan, von Sen Katayama: Ueber die Arbeiterbewegung Englands, von M. Borodin. Arbeiterklassenbildung in England, von Max Maurus. Zum Prozeß Foster und Genossen, von B. Reinstein. Die Resultate des 12. Kongresses der KPRR., von N. Bucharin. Partei und Klasse, von J. Jarosławski. Der Mailänder Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei, von Antonio Vitali. Die Fragen der Kommunistischen Partei Norwegens, von Martin Trannoel. Die Offensive des Kapitals (Belgien, Italien, Tschechoslowakei, Polen) von Z. Leder. Im bibliographischen Teil berichtet A. Neurath über den Bankrott des Austromarxismus, A. Max Manus über englische Bücher und Zeitschriften und A. Malenkij über das Nachrichtenblatt der Sog. Akademie in Moskau. Die inhaltsreiche und sehr aktuelle Nummer hat zwei Bilderbeilagen: eine Photographie des in Estland ermordeten Genossen Jan Kreut und das Bild von William Z. Foster, dem amerikanischen Arbeiterführer.

Der Wolfsschwanz

Von Lorenz Popp.

Gerne erinnere ich mich eines Genossen unserer Kommune auf der Festung Niederschönenfeld, der ein besonderes Erzählertalent besaß. Er hatte das Glück, während des Weltgemetzels als deutscher Kriegsgefangener nach Sibirien gebracht zu werden. Der russischen Revolution diente er und wurde politischer Kommissar. Später ging er nach Deutschland. Er beteiligte sich an der bayrischen Räterepublik und hatte das Pech, in die Hände bayrischer Staatsanwälte zu fallen, die ihn auf fünf Jahre nach dem Festungsgefängnis Niederschönenfeld schickten. Von diesem unserem Kommunegenossen gebe ich nun ein Erlebnis wieder, das er uns einst in einer Plauderstunde erzählte.

. . . Der diensttuende Offizier der deutschen Gefangenenabteilung hatte mich rufen lassen. Eine große Kiste mußte sofort in das nächste Dorf, das gute dreißig Werst von unserer Station entfernt war, gebracht werden. Es war Befehl, und ich mußte gehorchen. Mit Murren wurde der Schlitten fertiggemacht. Ich hatte die Ahnung, als stoße mir etwas zu. Und es kam so.

Schon ging es in schneller Fahrt über die unendlich schimmernden Schneefelder Sibiriens. Es dämmerte bereits. Die schwarzen Wälder schienen wie Mauern in den Himmel zu wachsen. Vereinzelte Sterne tauchten auf. Sie guckten wie verirrte Küchlein auf mich stumm dastehenden Menschen. Fester hüllte ich mich in meinen lumpigen Pelz. Es war ziemlich kalt. Der schneidende Wind zerriß mir das Gesicht. Die breite Stille ließ mich erschauern. Traurig sagte ich meinen Gedanken nach.

Da! Plötzlich glaubte ich aus der Ferne das Heulen nahender Wölfe zu hören. Wie von einer Natter gebissen wandte ich meinen Kopf. Die Augen starrten in die weite Ferne. Sie sahen schwarze Pünktchen wie Schneeballen näherfliegen. Sofort erkannte ich die Gefahr. In meinem Sinnen hatte ich die hungrigen Wölfe der Steppe vergessen. Wie ein Wahnsinniger schlug ich nun auf die Pferde ein. Sie setzten im rasenden Galopp über die Ebene. Doch ich blieb kühl. Ehe ich mich versah, sprangen die Wölfe hinterm Schlitten her. Die Gäule sträten vor Angst. Der Schaum setzte aus dem Maul. Trotz meiner Ruhe wußte ich nichts Besseres zu tun, als wie sinnlos mit wuchtigen Schlägen des Peitschenstiels auf die Rücken der Pferde einzuhauen. Der Schnee stob auf durch das Rasen der Gäule. Doch lange sollte das Rennen auf Leben und Tod mit den Wölfen nicht dauern. Den Pferden sank die Kraft. Die ersten grünen entsetzlichen Augen der Wölfe starrten mich an. Da! Zu einem Rudel ballten sich die Wölfe. Mit einem Schlag wurden die Pferde gestellt. Zwei, drei, fünf zähnefletschende Bestien hängten sich an die schmalen Hälse der zwei Pferde. Auf den Rücken wälzend, schlugen die gefallenen Gäule mit ihren Beinen umher. Mancher Schädel der Wölfe wurde zertrümmert. Das Blut rieselte und weichte den Boden. Und ich? Mitten im Tod kann ich auf Rettung. Ich fand sie. In Blitzesschnelle hatte ich mich in die Kiste geworfen. Doch bald wär's zu spät gewesen. Schon waren die Wölfe auf mich zum Sprung bereit. Krampfhaft hielten meine Hände den Deckel zu. Schneller ging mir der Atem. Ich hörte, wie die Wölfe wie besessen auf die Kiste stürzten. Sie rochen das Leben. Bei dem Rasen der Wölfe wurde diese zu Boden gezerrt. Ein Poltern und ich lag mit der Kiste auf dem Schneeboden. Der Zufall wollte es: der Deckel kam nach oben. Schwerer wurde mir der Atem. Der Schweiß drang mir durch alle Poren. Ganz feucht wurde es in der Kiste. Doch schlug das Herz bald langsamer. Ueberlegung kehrte wieder ins Gehirn. So bohrte ich mit dem Taschenmesser ein Loch in das Holz. Die ersten Mondstrahlen sprangen mir in das Gesicht. Ich sah, wie die Bestien blutschnaubend um die Kiste krochen.

Und was geschieht? In dem Gedränge kommt ein Wolfsschwanz dem Loche immer näher. Die ersten Haare streiften die Oeffnung. Es mußte eine von Gott eingegebene Idee sein. Ich packte die Haare. Ein Ruck und ich hatte den Schwanz reingezogen. Schnell wickelte ich ihn zweimal um die Hand. Ein bis auf das Mark gehender Schrei erzitterte die Luft. Furchtbare Angst hatte den Wolf ergriffen. Die Wolfherde zerstob. Wie ein Ballon, der sich von seinem Ballast befreite, so schnellte die Kiste mit mir dahin. Die Füße gegen die Vorderwand stemmend, schonte ich meine Kräfte. Mir schien es, als flögen wir in Windeseile über den Schnee. So konnte eine ansehnliche Zeit verflossen sein.

Da! Plötzlich bleibt die Kiste stehen. Ich falle mit aller Wucht mit dem Kopf gegen die Rückwand. Wußte momentan nicht, was geschehen war. Ich hörte nur ein tückisches Heulen. Den Wolfsschwanz hatte ich noch immer um meine Hände gewickelt. Ich ließ ihn los. Vorsichtig spähend öffnete ich den Kistendeckel. Mir drohte keine Gefahr mehr. Schwerfällig stieg ich mit meinen zerschlagenen Gliedern aus der Kiste. Mein erster Blick war nach dem Wolfe. Ohne Schwanz verschwand er im nahen Walde. Welche Bescherung! Ich hatte dem Wolf den Schwanz ausgerissen. Mir rieselte es ganz kalt über den Rücken. Ich sah mich um und merkte erst jetzt, daß mich Menschen mit offenen Mäulern begafften. Wo befand ich mich? Mitten auf dem Dorfplatz des Ortes, wo ich die Kiste hinzuschaffen hatte. Väterchen, Väterchen, was machst Du? fragten mich die umstehenden Bauern. Väterchen, Väterchen, trink Wodka, Väterchen. Und hielten mir eine Schnapsflasche hin, die ich gleich auf einen Zug leerte. Erschöpft von den ausgestandenen Qualen, sank ich dann zusammen. Ja! So rettete mir ein Wolf das Leben.

Unser Freund hatte geendet. Aufmerksam lauschten die Genossen. Sie blieben still. Bis nach einer geraumen Weile sich eine Stimme hören ließ: Ja, ja, dös gibt's! — Ja, ja, dös gibt's! stimmten die anderen mit ein.

Und nun sage mir einer, was wohl Münchhausen aus solch einem Erlebnis gemacht hätte!

Röntgenbilder der Hohlräume des Körpers. Die dem mit Jod vermischten Oel eigentümliche Undurchlässigkeit für Röntgenstrahlen hat den französischen Professoren Sicard und Forestier den Gedanken eingegeben, diese Eigenschaft zu benutzen, um die Hohlräume des menschlichen Körpers, die sich bisher der klinischen Durchleuchtung als unzugänglich erwiesen, zu erforschen. Man weiß, daß sich auf dem Röntgenbild die mehr oder weniger hervortretenden Schatten der Gewebe des Organismus im Verhältnis zu der Lichtdurchlässigkeit dieser Gewebe auch mehr oder weniger scharf abzeichnen. Das mit Jod versetzte Oel verursacht weder Schmerzen noch wirkt es giftig, es ist sogar unter Umständen ein empfehlenswertes Heilmittel, so daß man es in verhältnismäßig starken Dosen in den Körper einspritzen kann. Es ist dabei ziemlich schwer und nimmt infolge dieser Schwere seinen Weg langsam durch die Kanäle des Körpers, wobei es einen Niederschlag hinterläßt, der ein Röntgenbild als schwarzen Schatten auf dem Umriß der Konturen sichtbar werden läßt. Den beiden Forschern gelang es auf diesem Wege, bemerkenswerte Bilder des Kanals aufzunehmen, der den Rückenwirbel durchläuft und das Rückenmark in seiner Umgebung von Flüssigkeit und Nervenenden zeigt. Es ist so möglich, anormale Bildungen und Entartungen festzustellen, die als Grundursache der Paralyse anzusehen sind, und die sich dadurch dem Zugriff des Chirurgen erst offenbaren. Die beiden Professoren sind dann dazu übergegangen, auch die Höhlungen in den Gelenken, in Fisteln, in den Höhlungen der Lungen und der Bronchien mit Röntgenstrahlen zu durchforschen. Ueber die Zukunft dieser klinischen Technik sich auszusprechen, erscheint indessen heute noch verfrüht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. **Bezugspreis** frei Haus monatl. 15500 M. durch die Post 14500 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg, GmbH. Halle, Merseburgerstr. 14. Fernruf 1045. 1047 2251 **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 650 M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 3000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 700 Mark | **Donnerstag, den 5. Juli 1923** | **3. Jahrgang Nr. 154**

Entschlossener Kampfwille überall

Lohnkämpfe im ganzen Reich

Die Gewerkschaften verhandeln, lassen sich von den Regierungsvertretern mit faulen Ausreden traktieren und nehmen es demütig hin, wenn die Unternehmer — die in Lohnfragen immer sehr viel Zeit haben — einfach nicht zu den Verhandlungen erscheinen. Währenddessen bereiten sich im ganzen Reich Lohnkämpfe vor, die einen gewaltigen Umfang anzunehmen drohen. Allzulange hingehalten von ihren arbeitsgemeinschaftlichen „Führern", fürchten die Arbeiter mit Recht daß die unabsehbare Teuerung, die täglich gewaltige Fortschritte macht, ihre letzte Kraft verschlingt, wenn es ihnen nicht gelingt, anstelle der Bettelpfennige, die ihnen die Unternehmer jetzt hinwerfen, der Teuerung entsprechende Löhne zu erkämpfen.

Vollständiger Streik im Berliner Baugewerbe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Juli.

Gestern haben auch die Mitglieder des Baugewerksbundes mit überwiegender Mehrheit den Streik beschlossen. Der Streik gilt nicht den Betrieben, die die Forderung von 950 Mk. Stundenlohn bis 5. Juli angenommen haben.

Nochmalige Urabstimmung im Berliner Metallgewerbe

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 5. Juli.

Der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes besteht auf einer nochmaligen Urabstimmung über den Schand-Schiedsspruch, den die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter-Betriebe einmütig zurückgewiesen haben. Die Urabstimmung ist bereits vom Metallarbeiterkartell angeordnet. Sie findet heute statt, so daß bei der Stimmung der Berliner Metallarbeiter ab morgen früh mit dem Streik zu rechnen ist. Zahlreiche Belegschaften befinden sich bereits in passiver Resistenz und im Streik.

Die am 4. Juli tagende Betriebsversammlung des Gaswerkes Tegel erklärte in einem öffentlichen Schreiben ihre aktive Solidarität für die kämpfenden Metallarbeiter.

Der deutsche Seemannsstreik

(Eigene Drahtmeldung)

Bremen, 5. Juli.

Die deutschen Seeleute haben unter der rasenden Entwertung der Mark noch mehr zu leiden als der Durchschnitt der deutschen Arbeiter. Betrug doch ihre Heuer für den Monat Mai ganze 380 000 Papiermark. Dafür können sie sich in den ausländischen Häfen, die sie anlaufen, so gut wie nichts kaufen. Die Reeder können sich jede Lohndrückerei leisten, da die Seeleute in einer Menge kleiner Organisationen zersplittert sind. Der Deutsche Schiffahrtsbund, der der RGZ. angehört und die meisten Seeleute umfaßt, wird von den übrigen Organisationen regelmäßig im Stich gelassen.

Als die Arbeitsgemeinschaft für Mai nur eine 75prozentige Erhöhung der Aprilheuer von 217 635 Mark vereinbarte, traten die empörten Seeleute spontan in den Ausstand. In Emden, Danzig und Lübeck schlossen sich die Seeleute dem Bremer Beispiel an. Die Hamburger Seeleute folgten.

Kampfstimmung in Ostpreußen

(Eigene Drahtmeldung)

Königsberg, 4. Juli.

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen geht mit unverminderter Stärke weiter. Der Streik ist zwar vom DVB. offiziell anerkannt, wird aber fast nicht unterstützt. Es geschieht nichts, um den Versuchen von Teno und Schupo, bewaffneten Faszistenwehren und Behörden, den Streik niederzuknüppeln, zu steuern. Durch diese Passivität des DVB. besteht die ernste Gefahr, daß die Front der Streikenden zersplittert wird.

Die ostpreußischen Eisenbahner haben schon mehrfach in der letzten Zeit zur Teuerung Stellung genommen und radikale Maßnahmen dagegen von den Gewerkschaften verlangt. In einer Mitgliederversammlung der Marienburger Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde heftige Kritik an der Lohn- und Wirtschaftspolitik des Hauptvorstandes geübt. Es wurden ultimative Schritte der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegenüber der Reichsregierung, die offen die Sabotage des Unternehmertums unterstützt, verlangt. In einer zweiten Resolution wurden wirtschaftliche und politische Forderungen gestellt, u. a.:

Sofortige Auszahlung einer Teuerungszulage von 300 000 Mark, Einstellung der Pogromhetze gegen die Kommunisten, Anerkennung des proletarischen Selbstschutzes und der Kontrollausschüsse durch die Behörden, Unterstützung durch die Gewerkschaften, Ablehnung der Großen Koalition, Austritt der Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft, Mobilisierung der organisierten Arbeiter zur Erkämpfung der Arbeiter-Regierung.

Die Breslauer Angestellten vor dem Streik

(Eigene Drahtmeldung)

Breslau, 5. Juli.

In einer Mitgliederversammlung des ZdA. in Breslau verlangte die große Mehrheit der Anwesenden, daß sofort mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit gegen die scharfmacherischen Unternehmer vorgegangen werden müsse. Die Erhöhung der Junigehälter im Verhältnis zum Mai beträgt ganze 98 Prozent. Durch ein schmutziges Manöver, in dem den Angestellten zwei Prozent mehr als den Handarbeitern geboten wurden, versuchten die Unternehmer, die einheitliche Front der Angestellten und Arbeiter zu spalten. Das gelang ihnen jedoch nicht. Wenn die jetzt eingeleiteten Verhandlungen keine durchgreifende Wenderung der bisherigen Lohnpolitik der Breslauer Unternehmer bringen, ist mit einem Streik der Angestellten in kürzester Zeit zu rechnen.

In der Damen- und Herrenmaßschneiderei sind durch Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft folgende Spitzenlöhne pro Stunde festgesetzt worden: Herrenmaßschneider 5700 Mark, Damenmaßschneiderinnen 3990 Mark. Daß der Bekleidungsarbeiterverband es überhaupt wagen konnte, mit einem solchen Verhandlungsergebnis vor seine Mitglieder zu treten, ist ein Skandal.

Lohnforderungen der Thüringer Gemeindearbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Weimar, 4. Juli.

Die Lage aller staatlichen und kommunalen Angestellten und Arbeiter ist vielfach noch schlechter als in der Privatindustrie. Auf das Drängen der Thüringer Gemeindearbeiter haben die thüringischen Gewerkschaften Lohnverhandlungen angestrengt, die am 22. Juni stattfanden. Der Stundenlohn für die höchste Klasse mit Ortszuschlag wurde ab 22. Juni auf 4800 Mark erhöht. Dieses lächerliche Ergebnis hat allseitige Empörung ausgelöst. Für heute sind neue Lohnverhandlungen angesetzt.

[illegible] Selbstschutz

[illegible] liche Volksversammlung [illegible] und SPD. einberufen [illegible] rt zur Bildung ge[illegible] eiten, wurde ohne [illegible] der es unmöglich [illegible] schen Wucht politisch [illegible] An die Gründung [illegible] achahmung findet.

[illegible] cher Arbeiter

[illegible] g)

[illegible] ugsburg, 5. Juli. [illegible] nügt sich nicht mehr [illegible] festgesetzten Löhne. [illegible] onstrierten auf der [illegible] ginenfabrik Augs[illegible] che Maschinenfabrik [illegible] letzten Firma, 1500 [illegible] einer Wohnung und [illegible] daran nahmen auch [illegible] im Namen der Be[illegible] Forderungen wurde [illegible] ie Bewegung brach [illegible] ie laufenden Lohn[illegible]

[illegible] rn für die übrige [illegible]

[illegible] Ruhrgebiet

[illegible] g)

Essen, 5. Juli.

Die Fabrikarbeiter, Kraftfahrer, sowie die Arbeiterinnen der genannten Kategorien stehen seit Montag, dem 2. Juli, in den Orten Essen, Duisburg und Bochum im Streik. Der Streikbeschluß wurde einstimmig mit den Stimmen der Arbeiter sowohl des Speditionsgewerbes, als auch des Großhandels gefaßt. Es ist damit zu rechnen, daß sich auch die Arbeiter des Transportgewerbes in Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim und Oberhausen dem Streik anschließen. Ob der Streik auch auf die Konsumgenossenschaften übergreift, hängt von der Einstellung der Genossenschaftsbureaukratie ab. Eine Zentralstreikleitung mit dem Sitz in Essen hat die Führung des Kampfes übernommen.

Ein Schritt zur Einheitsfront in Frankreich

Paris, 4. Juli.

Die Sozialisten haben ihre Liste für die am 9. d. M. stattfindenden Stichwahlen in Seine et Oise zurückgezogen und ihre Anhänger durch Bezirkskongreßbeschluß aufgefordert, für die Kommunistische Liste zu stimmen. Der geschlagene Nationalblock zog seine Liste ebenfalls zurück. Es stehen demnach in diesem Wahlgang Bürgerblock und Arbeiterblock einander gegenüber.

Kampf zwischen Polizei und Streikenden in England

WTB. **London, 5. Juli.**

Gestern abend kam es in Whitehaven (Cumberland) anläßlich eines Bergarbeiterstreiks zu Zusammenstößen zwischen Ausständigen und Polizei. Hierbei wurden 20 Polizisten und 60 Zivilpersonen verletzt. — Der Dockarbeiterstreik hat sich weiter ausgedehnt. Im ganzen sind 30 000 Mann ausständig, davon 4000 im Londoner Hafen.

Der Kampf für die Erhöhung des Reallohns

G. Zint

Während einige Monate lang keine größere Streikbewegung in Deutschland zu verzeichnen war, sind jetzt nicht nur größere Kämpfe (Ruhrstreik, Oberschlesien, Landarbeiterstreik in Oberschlesien und Ostpreußen, Streikbeschluß der Metallarbeiter in Berlin) aufeinander gefolgt, sondern auch in allen Teilen des Reiches eine ganze Reihe kleinerer Kämpfe (Seeleute, Transportarbeiter Hannovers, Berliner Holzarbeiter usw.) ausgebrochen, spontan Forderungen nach Lohnerhöhungen und Wirtschaftsbeihilfen aufgestellt worden. Gewöhnlich gingen aber die Forderungen über Nominallohnerhöhungen und Beihilfen hinaus. Der Kampf gegen eine weitere Erweiterung der Löhne, für eine Erhöhung der Reallöhne hat begonnen.

Seit Jahren wird der Reallohn von Monat zu Monat geringer, verschlechtert sich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Aber noch nie haben die großen Arbeitermassen in dem Maße wie heute im Laufe dieser Entwicklung eine Erhöhung der Reallöhne gefordert. Die ungeheure Verschlechterung der Lage der deutschen Arbeiterklasse im laufenden Jahre, nicht zu allerletzt durch die „Markstabilisierung", hat breitere Arbeitermassen davon überzeugt, daß die bisherige Taktik, Nominallohnerhöhungen zu erkämpfen, die der Teuerung nachhinken, geändert werden muß.

So ist heute für die deutsche Arbeiterschaft eine der wichtigsten Fragen, wie eine Entwertung des Reallohnes aufgehalten werden kann. Die Dinge liegen in Deutschland so, daß die Papiermark als Rechnungsmittel nur bei den Detaillisten, bei den Arbeitern, Angestellten, Beamten und bei der Reichsbank gilt. Nicht nur der Importeur ausländischer Waren, auch der Fabrikant und der Großhändler fakturieren ihre Warenpreise in ausländischen Währungen oder mit Hilfe einer Schlüsselzahl, wenn auch ein großer Teil dieser in Gold oder Dollar oder Gulden aufgestellten Rechnung in Papiermark in entsprechender Umrechnung bezahlt wird.

Nur der Detaillist muß seine Waren in Papiermark auszeichnen; die Forderung des Wiederbeschaffungspreises macht ihn aber vom Risiko der Markentwertung einigermaßen unabhängig. Durch die Papiermarkkredite der Reichsbank machen die deutschen Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter gänzende Geschäfte durch die Zurückbezahlung der Kredite nach drei Monaten mit entwerteter Mark. So bleibt das Risiko der Markentwertung nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten aufgebürdet.

Die Arbeiter aller Richtungen sind sich einig, daß die Entwertung des Reallohnes ein Ende nehmen muß. Die Frage ist aber, wie dies geschehen soll. In den Resolutionen, die in den Betrieben im ganzen Reich angenommen wurden, wurde die gemeinsame Forderung in sehr verschiedener Weise formuliert: „Goldlohn", „Friedenslohn", „Wertbeständigkeit", „Auszahlung in Goldmark", „Auszahlung in Dollar" usw. Diese Begriffsverwirrung suchte die Gewerkschaftsbureaukratie auszunützen. Sie sah, daß es nicht mehr möglich war, wie noch im Herbst, die Diskussion über „Goldlöhne" abzuwürgen, die Arbeiter von ihren Forderungen abzubringen. So wurde von einem großen Teil der VSPD.-Presse die Forderung nach „Goldlöhnen" aufgestellt. Die Arbeiter waren nun vielfach der Meinung, daß unter „Goldlohn" der Friedenslohn zu verstehen sei, also der Betrag in Papiermark, der etwa 32 bis 46 Goldmark entspricht. Stellten sich die Arbeiter dies vor, so verstanden die Gewerkschaftsführer unter „Goldlohn" nur die Erhaltung der gegenwärtigen Löhne.

An die Stelle der Goldlöhne ist jetzt der sogenannte „wertbeständige Lohn" getreten. „Wertbeständig" dadurch, daß die Löhne nach einem bestimmten System der Markentwertung und Teuerung angepaßt werden sollen. Das bedeutet praktisch die Einführung von Indexlöhnen. Nach dem Vorschlag der Christlichen Gewerkschaften soll der Index des statistischen Reichsamts als Teuerungsfaktor verwendet werden. Da der Index des Statistischen Reichsamts aber viel zu niedrig und falsch berechnet wird, würde der Lohn der Arbeiter absolut nicht wertbeständig werden, ganz abgesehen davon, daß dadurch, daß der Arbeiter seine Arbeit dem Unternehmer vorschießt und der Lohn erst zu einem Zeitpunkt an den Index angepaßt wird, wenn die Preise schon weiter gestiegen sind.

Die gefährlichste Illusion ist es aber, wenn die Arbeiter den Gewerkschaftsführern glauben, daß durch den Index wenigstens der gegenwärtige Lohn gesichert, Energie zur Erkämpfung eines höheren Reallohnes frei würde. Ganz im Gegenteil würde der Reallohn weiter entwertet werden, die Entwertung durch den Index legalisiert und ein scharfer Kampf um die Erhaltung des Reallohnes geführt werden müssen, der aber sicherlich von der Gewerkschaftsbureaukratie unter Hinweis auf den abgeschlossenen Tarifvertrag mit allen Mitteln sabotiert werden würde.

Alle diese Forderungen können nicht das Ziel erreichen, das die Arbeiter erstreben. Der Kampf muß vielmehr um den Friedensreallohn geführt werden, d. h. dafür, daß der Arbeiter sich dieselben Mengen Waren derselben Qualität kaufen kann, wie in der Vorkriegszeit. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Forderung nach dem Friedensreallohn den Forderungen der breiten Arbeiterschichten entspricht, daß es möglich ist, die Einheitsfront der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten im Kampf um diese Forderung herzustellen. **Klar und deutlich muß aber ausgesprochen werden, daß der Friedensreallohn kein derartiges Rezept ist wie „Indexlohn" usw., daß der Kampf um den**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230705-16/fragment/page=0009